

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksempfängeramtes Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 Gelpalt. Kolonellsseite 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonellsseite 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gelp. Kolonellsseite mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonellsseite 40 Pf. bei Platzvorrat 50 Pf. Reklameseite 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Interparlamentarische Union

Im Reichstagsgebäude ist seit einigen Tagen das sogenannte „Parlament der Parlamente“ beisammen. Das klingt sehr schön und soll wohl auch den Eindruck erwecken, als gehe da irgendeine besonders bedeutungsvolle Sache vor sich. Wer das jedoch glaubt, der ist das Opfer einer Täuschung. Denn diese Interparlamentarische Union, die da zu ihrer 25. Tagung beisammen ist, ist das Privatverhältnis von Parlamentariern, die in der Illusion leben, durch ihre Zusammenkünfte die friedlichen Beziehungen der Völker fördern zu können. So kommen die, die daheim in ihren Parlamenten die Rüstungen beschließen, auf den Tagungen der Interparlamentarischen Union mit denen zusammen, die gegen den Militarismus und die Aufrüstung kämpfen. Es werden schöne und andere Reden gehalten und die Versanktler versichern dann, daß auch diese Tagung wieder ein Schritt... na, wir kennen ja die übliche Phrase, die auch die unbedeutendste Sache und die völlig erfolglosen Konferenzen zu einem „Markstein der Geschichte“ macht.

In Berlin haben sich also Parlamentarier aus zahlreichen Ländern zusammengefunden, die das dringende Bedürfnis fühlen, Reden zu halten oder Reden anzuhören. Ein Kommunist, Sozialist, Demokrat und Faschist sitzen einträchtig beieinander und reden über alles, worüber zu reden sie für nötig halten. Es hat zwar auf dem internationalen Kongress der alte italienische Sozialistenführer Turati, der in der Verbannung leben muß, von neuem die Todfeindschaft der Sozialisten gegen den Faschismus verkündet. Es hat auf diesem Kongress der ungarische Emigrant Kunfi eine erschütternde Warnung an die Sozialisten aller Länder gerichtet, den Faschismus und die Faschisten zu ächten und den gegen sie ankämpfenden proletarischen Kräften nicht dadurch in die Arme zu fallen, daß irgendwo Sozialisten die Vertreter des italienischen, ungarischen oder irgendeines anderen Faschismus als die offiziellen Vertreter ihrer Länder empfangen und sie auf Kongressen dulden. Der Kongress stimmte Kunfi in der stürmischsten Weise zu. Trotzdem hat weder der auf der Tagung der Interparlamentarischen Union anwesende Kommunist, noch haben die sozialistischen Parlamentarier gegen die Provokation Protest erhoben, die die Anwesenheit der Faschisten Mussolinis und des Banditen Gorthy ist.

Wenn alle Welt über Abrüstung und über die Krise des Parlamentarismus redet, müssen natürlich auch die Parlamentarier darüber reden. Ein netzlicher Zufall wollte es, daß u. a. auch der deutsche Sozialdemokrat Dr. David über die Abrüstung sprach. Etwa in dem Sinne: Deutschland hat abgerüstet, und da nach ihm auch die anderen abrüsten sollten, hat Deutschland das Recht, die Erfüllung der entsprechenden Vertragsbestimmungen zu verlangen. David hat zwar nicht gesagt, was die bürgerlichen Abrüstungspolitiker in Deutschland sagen, nämlich daß, wenn die anderen nicht abrüsten — und sie rüsten nicht ab! — auch das Abrüstungsgebot für Deutschland aufgehoben werden müsse. Aber der Redner nach ihm, der Vertreter des Herrn Gorthy, v. Berzevicz, verstand diesen Sozialdemokraten wahrscheinlich doch in dem Sinne. Denn er, der auch aus einem Lande kommt, das genau wie Deutschland „abgerüstet“ hat, begrüßte Davids Ausführungen. Natürlich nicht im Interesse Deutschlands. Sein Vorstoß galt dem Ziel, den Weg für die Aufrüstung Ungarns freizumachen. Daß auf der Tagung der Interparlamentarischen Union ein Nationalist und Militarist aus dem Horthylande dabei an die Ausführungen eines Sozialdemokraten anknüpfen konnte, scheint uns nicht minder bedenklich als die Tatsache, daß sie die Anwesenheit der Faschisten überhaupt ohne Widerspruch hingenommen haben.

Wo Reden gehalten werden, da kann natürlich der große Republikaner Dr. Joseph Wirth nicht fehlen. Dieser zentralistisch-demokratischen Leuchte in unserer Republik von der Größe einer winzigen Delfinzel macht die gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems Sorge. Da es ihm nicht eingehen will, daß die Krisenerscheinungen des Parlamentarismus nur Auswirkungen der Machtverschiebung zwischen den gesellschaftlichen Klassen sind, glaubt er, wie übrigens auch andere, die Krise des Parlamentarismus durch Verbesserungen der Geschäftsordnungen oder durch andere Eingriffe in die Technik des Parlamentarismus beseitigen zu können. Das heißt, daß irgendwie die Kämpfe der Klassen mit der Krise in ursächlichem Zusammenhange stehen. Das merkt auch er, merkt es vor allem jetzt, wo in verschiedenen Ländern die Arbeiterklasse auf dem Wege ist, mit den Mitteln der Demokratie die Mehrheit in den Parlamenten zu erobern. Und eben diese Möglichkeit scheint ihm die ernsteste Gefahr dieser Krise zu sein. Solange der demokratische Parlamentarismus die Herrschaft der Bourgeoisie nicht erschütterte, gab es für ihn keine Krise des Parlamentarismus. Jetzt, da mit seiner Hilfe das Proletariat sein politisches Machtfeld erweitert, können die demokratischen Teile der Bourgeoisie nach Mitteln, um das Parlament von dem „Einfluß der Klassen“ unabhängig zu machen. Natürlich formt er so großer „demokratischer Arbeiterfreund“, wie doch dieser Dr. Wirth einer ist, seine inneren Wünsche nicht in

Der Gipfel der Komödie

Der „Friedenspakt“ unterzeichnet

SPD Paris, den 27. August.

Zwei Stunden vor der Unterzeichnung drängte sich vor dem durch starke Polizeikräfte abgeperrten Außenministerium bereits die Menge, um wenigstens die Auffahrt der Minister und Bevollmächtigten zu sehen, die im feierlichen Zeremoniell von Schweizern mit roten Hosen, blauen Fräcken und Gellebarben ins Arbeitszimmer geleitet wurden. Als der letzte kam Stresemann. Im Uhrensaal hatten inzwischen die geladenen Persönlichkeiten Platz genommen: In der ersten Reihe Poincaré zwischen Frau Kellogg und seiner eigenen Frau, rechts und links die Mitglieder der Regierung, dahinter das diplomatische Korps. Pünktlich um 3 Uhr erfolgte der Einzug der Delegierten, deren jeder von Schweizern durch dreimaliges Aufschlagen mit der Hellebarde angekündigt wurde. Die acht Scheinwerfer begannen zu spielen, 50 Photographen und Kino-Operateure zu arbeiten. Nachdem die Delegierten Platz genommen hatten, erhob sich Briand. Briand dankte zunächst im Namen Frankreichs den Ministern der verschiedenen Länder, die zur Unterzeichnung des allgemeinen Kriegsvertrichts nach Paris gekommen seien. Er konnte nicht umhin,

bei dieser Gelegenheit der Genugtuung eines ganzen Volkes Ausdruck zu geben, das sich endlich im Tiefsten seines Wesens verstanden fühlte. Besonderer Dank gebührt Staatssekretär Kellogg, der heute in dem gleichen Saale Platz nehme, in dem bereits Präsident Wilson mit einer so hohen Auffassung von der Rolle seines Landes an der Arbeit des Friedens teilgenommen habe. Kellogg könne heute mit gerechtem Stolz auf den seither durchschrittenen Weg zurückblicken.

Dann wandte sich Briand an Stresemann: Er habe der Welt ein hohes Beispiel gegeben, indem er Deutschland zur Unterzeichnung eines Paktes gegen den Krieg aus eigenem freien Willen und in völliger Gleichberechtigung Platz unter den anderen Unterzeichnern, seinen früheren Gegnern, nehmen ließ. Die Bedeutung dieses Ereignisses werde erhöht durch den Umstand, daß es dem Vertreter Frankreichs Gelegenheit gebe, zum ersten Male seit einem halben Jahrhundert einen Vertreter Deutschlands auf französischem Boden zu empfangen und ihm den gleichen Willkomm zu bieten, wie allen seinen ausländischen Kollegen. Da dieser Vertreter Deutschlands Herr Stresemann ist, fuhr Briand fort, „so darf ich hinzufügen, wie besonders glücklich ich bin, dem vornehmen Geiste und dem Mut des ausgezeichneten Staatsmannes Ehrerbietung zu erweisen, der seit mehr als drei Jahren niemals gezügert hat, seine ganze Verantwortung für das Werk europäischer Zusammenarbeit im Dienste des Friedens einzusetzen.“

Briand gedachte schließlich in eindringlichen Worten der Bedeutung des Paktes. Zum ersten Male werde auf unvorstellbarer Grundlage durch einen Kongress des Friedens etwas anderes geleistet als lediglich die Regelung von Friedensbeziehungen, die in den Ereignissen eines Krieges ihren Ursprung hätten. Heute handele es sich nicht um die Liquidation eines Krieges. Der Pakt von Paris, der aus dem Frieden geboren sei und dem freien Willen der Regierungen und Völker entspringe, sei ein Pakt der internationalen Eintracht, von deren Geiste bereits die Verträge von Locarno und der Dawesplan beseelt gewesen seien. Briands Stimme erhob sich zu größerer Eindringlichkeit, als er darlegte, wie heute zum ersten Male angesichts der ganzen Welt die Nationen, deren jede eine schwere Vergangenheit hinter sich habe, den Krieg als Instrument der nationalen Politik feierlich verurteilen. Damit habe die Gewaltanwendung ihren Rechtschein verloren und der Krieg aufgehört, das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Völker zu bedrohen.

Wenn eingewendet werde, der Pakt sei nicht realistisch, da er keine Sanktionen vorsehe, so müsse gefragt werden, ob es denn realistisch sei, die moralischen Kräfte aus der Welt der Tatsachen auszuschließen. Welches Land würde künftig die Gefahr auf sich nehmen wollen, gegen die ganze Menschheit solidarisch sich erheben zu sehen. Damit sei zugleich die Unversalität des Paktes erklärt. Als der Pakt zum ersten Male den Vereinigten Staaten vorge-

Belgrad und Ugram

Brandstiftung aus politischen Gründen

SPD Wien, 28. August.

Die Bevölkerung von Ugram wurde am Montag in eine ungeheure Aufrüstung verwickelt. Am Nachmittag brach in dem Heim der kroatischen Bauernpartei an verschiedenen Stellen ein Brand aus, der erst nach dreistündigen Bemühungen der Feuerwehr gelöscht werden konnte. In allen Bevölkerungsteilen Ugrams ist man der Ueberzeugung, daß Brandstiftung vorliegt.

Die Täter hatten es offensichtlich auf eine neue Beleidigung der kroatischen Bevölkerung abgesehen, denn der Brand galt zunächst den Tausenden von Schleifen, die nach dem Begräbnis von Raditsch zu Ehren des kroatischen Führers in dem Heim der kroatischen Bauernpartei niedergelegt waren. Der Festsaal des Heims war in ein „Raditsch-Heiligtum“ umgewandelt worden. Sowohl die Schleifen wie das Raditsch-Heiligtum wurden ein Opfer der Flamme.

Am Montagabend durchzogen große Mengen aus Protest die Straßen Ugams. „Nieder mit den Belgrader Südlings“, „Nieder mit der Regierung in Belgrad“, waren ständige Rufe der Demonstranten. Irgendwelche Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

offene Worte. Immerhin zeigt die Entschlicung, die er der Tagung der Interparlamentarischen Union vorgelegt hat, deutlich genug, wie er diese Gefahren bannen will. Ob sonderbar oder nicht: ausgerechnet Dr. Wirth ist für eine Beilegung des Verhältniswahlsystems vor. Ob ihm da das englische Wahlrecht vorschwebt, das eine so ungeheure Verhäufung des Volkswillens ermöglicht? Will Dr. Wirth auch in Deutschland ein Wahlrecht, das große Minderheiten, die nur um eine Stimme kleiner zu sein brauchen als die siegende Partei, in den einzelnen Wahlkreisen völlig leer ausfallen läßt? Dann käme es nur noch auf eine entsprechende Wahlkreiseinteilung an, um die Arbeiterschaft von der parlamentarischen Vertretung so gut wie auszuschließen. Seinen Angriff auf die parlamentarische Demokratie erweitert Dr. Wirth noch dadurch, daß er eine größere Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament propagiert. Nach seinem Vorschlag sollen die Regierungsmitglieder auf die Dauer von mehreren Jahren gewählt werden, also künftig unabhängig von dem Willen des Parlaments sein.

Daß dieser Vorstoß gegen den demokratischen Parlamentarismus von dem „linken“ schwarzrotgoldenen Republikaner Dr. Wirth gemacht wird, trägt hoffentlich dazu bei, immer noch vorhandene Illusionen über die bürgerlichen Demokraten zu zerstören. Mit seinen Vorschlägen erhebt er die Fahne, unter der die Demokraten der Bourgeoisie in Richtung auf das Lager des Faschismus abschwanden. Die erstarkende Macht des Proletariats sagt ihnen Schrecken in die Glieder und treibt selbst die linken Elemente des Bürgertums dazu, bisher von ihnen — wenigstens in Worten — hochgehaltene Prinzipien zu zerklagen. Dr. Wirth hat am Sonnabend in einer Rede seine Vorschläge noch einmal kommentiert und die Gefahr an die Wand gemalt, daß es zur Diktatur einer Klasse kommen könne. Da die Diktatur der Bourgeoisie in allen

Ländern in mehr oder weniger klarer Form bisher schon bestanden hat, kann hier nur die Gefahr der Diktatur der Arbeiterklasse gemeint sein und Wirth sagt das selber in folgenden Sätzen ganz offen:

„Der dieser Bewegung kein Verständnis entgegenbringt, der beschwört die Gefahr heraus, daß es zur Diktatur einer Klasse kommt. Es kann das auch gerade die Klasse sein, der man den Aufstieg in den Formen des parlamentarischen Systems verperren wollte.“

Genau die gleichen Formulierungen über die bestehende Gefahr hat der französische Parlamentarier Berthod gesprochen, der sagte:

„Seit der großen französischen Revolution haben sich große Organisationen der Unternehmer gebildet. Die Trusts suchen auf den Staat Einfluß zu gewinnen, ein neues Feudalsystem zu schaffen. Neben diese Gruppierungen tritt mit demselben Nachstreben die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterschaft. Sie ist gar nicht mehr so weit von der Möglichkeit entfernt, die politische Macht zu ergreifen.“

So haben die sonst so bedeutungslosen Reden auf der Tagung der Interparlamentarischen Union doch das Gute an sich, daß sie der Arbeiterschaft zum ersten Male sehr scharf Tendenzen aufzeigen, die sich in der weiteren Entwicklung noch verstärken werden. Jene Tendenzen, die mit je größerem Erfolge das Proletariat sich der Demokratie und des Parlamentarismus bedient, desto schneller den Rest der Bourgeoisie, der, vorgibt, noch auf dem Boden der Demokratie zu stehen, von diesem Boden abdrängen. Die Angst, die politische und im Anschluß daran auch die ökonomische Macht der Bourgeoisie zusammenstürzen zu sehen, läßt die letzten Republikaner, läßt die letzten Demokraten des Bürgertums überlaufen zu jener gewaltigen Mehrheit ihrer Klasse, die unter dem Bruch der Demokratie und unter Anwendung der Diktatur und des Terrors entschlossen ist, den Kampf mit der Arbeiterklasse um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft auszufechten.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

250 Millionen Mark Mehreinnahmen zugebilligt

Die Entscheidung des Reichsbahngerichts

SPD Berlin, 27. August.

Der von dem Reichsbahngericht gefällte Spruch über die Tarifierhöhung bei der Reichsbahn hat folgenden Wortlaut: „Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist berechtigt zu einem vom Reichsverkehrsminister zu bestimmenden möglichst nahen Zeitpunkt eine Tarifierhöhung für den Güter- und den Personenverkehr in einem Verhältnis von etwa 4:1 zu einander und in einem Ausmaß vorzunehmen, das sie eine Mehreinnahme von 250 Millionen Reichsmark jährlich erzielen kann.“

Dem Urteil ist eine Begründung beigelegt, die vom Reichsverkehrsministerium auszugswise veröffentlicht worden ist. Für das Jahr 1928 wurden die Einnahmen mit 5110 Millionen und die Ausgaben mit 4417 Millionen Reichsmark angenommen. Es ergibt sich somit ein Betriebsüberschuss von 693 Millionen Reichsmark. Die Begründung nimmt nun an, daß diese Summe durch die gesetzlichen Verpflichtungen aufgebraucht wird, so daß für 1928 ein Defizitbetrag von 74 Millionen Reichsmark entsteht. Darüber hinaus werden Abschreibungen als notwendig erachtet, wodurch sich für 1928 insgesamt ein ungedeckter Bedarf von 489 Millionen Reichsmark ergibt.

Diese Berechnung stützt sich auf eine dem Gericht vorgelegene Gewinn- und Verlustrechnung der Reichsbahn für den 31. Dezember 1927, die, wie betont wird, frei von kameralistischen Einwirkungen aufgestellt wurde. Danach wird der Bruttoüberschuss von 1269,7 Millionen Reichsmark mit 100,8 Millionen Reichsmark für die gesetzliche Ausgleichsrücklage, mit 61,8 Millionen Reichsmark für die Dividende auf Vorkursaktien, mit 173,2 Millionen Reichsmark für den Gewinnvortrag und mit 934,1 Millionen Reichsmark für Abschreibungen veranschlagt. Wie man zu diesen Summen gekommen ist, wird in dem

am Montag durch das Reichsverkehrsministerium veröffentlichten Auszug nicht mitgeteilt. Das ist bedauerlich; denn um diese Kosten hat sich die ganze Debatte in den letzten Monaten gedreht. So wird z. B. die Notwendigkeit, der gesetzlichen Ausgleichsrücklage 100 Millionen Reichsmark zuzuführen, sehr bestritten. Die Reichsbahngesellschaft hat nämlich noch Sonderreserven gebildet. Vereintigt man diese Sonderreserven mit der gesetzlichen Rücklage, so ergibt sich, daß die Reichsbahngesellschaft die gesetzlich vorgeschriebene Pflicht für die Rücklage bereits erfüllt hat. Auch die Höhe der Abschreibungen muß bestritten werden. So wird gegenwärtig die Lebensdauer der Lokomotiven und des Oberbaues geringer als in der Vorkriegszeit angenommen. Die Erfahrungen haben jedoch bewiesen, daß die Lebensdauer höher angenommen werden kann. Die Errechnung der Kosten für die gesetzliche Ausgleichsrücklage und für die Abschreibungen erscheint mithin willkürlich. Damit steht und fällt aber das für das Jahr 1928 errechnete Defizit.

Merkwürdig erscheint in dem Auszug des Reichsverkehrsministeriums auch die Begründung für die angeblich schlechte Entwicklung der Reichsbahnfinanzen. Sie hat einen fatalen sozialpolitischen Beigeschmack und macht für die finanzielle Entwicklung „die seit 1926 durch die ganze deutsche Wirtschaft gehende Welle von Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitiger Erhöhung von Gehältern und Löhnen“ verantwortlich. Diese Argumentation verkennt den Wandel der Verhältnisse der letzten Jahre in der Arbeitstechnik, daß man sie beim besten Willen nicht ernst nehmen kann.

Die vom Reichsbahngericht diktierte Tarifierhöhung bringt nebenbei auch der Schwerindustrie und den Agrarier einen beträchtlichen Vorteil. Bei der kommenden Regelung sollen Brennstoffe, Heu und Stroh schonend behandelt werden. Verprochen wird auch eine Schonung des Berufsverkehrs. Inwiefern die Reichsbahngesellschaft dem nachkommt, werden wir ja in der nächsten Zeit sehen.

Die Kriegsmaterialproduktion

SPD Genf, 27. August.

Die Beratungen der am Montag zusammengetretenen Kommission zur Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über die Kontrolle der Kriegsmaterialproduktion gaben nicht die Hoffnung, daß gründliche Arbeit geleistet werden wird. Während Japan seinen früheren Widerstand gegen die Einbeziehung der staatlichen Rüstungsindustrien in die Veröffentlichung der Waffenfabrikation aufgab, steht Frankreich nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die staatliche Waffenproduktion nicht zur Debatte stehe, während Amerika und England darauf bestehen, daß staatliche und private Waffenproduktion in gleicher Weise von einer öffentlichen Kontrolle erfaßt werden. Die beiden angeklärten Staaten und noch mehr Italien wünschen, daß die Konvention im allgemeinen so gefaßt wird, daß sie keinen Einbruch in die Kriegsmaterialproduktion liefert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man sich auf einen einheitlichen Vorentwurf einigt. Dieser Entwurf dürfte aber so unbestimmt formuliert sein, daß er die Kontrolle auf ein Mindestmaß beschränkt.

Der Weg zur Lächerlichkeit

Ein Erlaß des Reichswehrministers

Mit Erfolg ist der Weg zur Lächerlichkeit schon von manchem beschritten worden, der wie Don Quijote gegen Windmühlkämpfe kämpfte, die er für verkappte Ritter hielt. Nach dem früheren Wehrminister Geßler, der ein Meister auf diesem Gebiet war, scheint jetzt auch der Wehrminister Groener einige Wehrgelüste in dieser Richtung unternehmen zu wollen. Wenigstens deutet der folgende Erlaß, den wir der Deutschen Soldatenzeitung für Heer, Marine und deren Freunde, Nr. 15, 10. August 1928, entnehmen, darauf hin.

Anerkennung.

Ich spreche dem Sanitätsführer Clausing (Standortlazarett Leipzig) meine besondere Anerkennung aus, weil er am 7. Juli durch sein mutiges Verhalten drei rote Frontkämpfer unter Einsatz seiner Person an der Weiterverbreitung von kommunistischem Propagandamaterial gehindert hat. Berlin, den 14. Juli 1928. Der Reichswehrminister Groener.

Wir, die wir die schmutzige und gemeine Agitationsmethode der Kommunisten zur Genüge kennen, haben kaum Anlaß, uns für die drei roten Frontkämpfer einzusetzen. Dagegen interessiert uns der Ton dieses Erlasses, der fast an die Telegramme Wilhelm des Verlorenen erinnert, in denen Richter, die wieder einmal einige Sozialisten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt hatten, „Seine besondere Anerkennung“ erhielten.

General Groener, der Heerführer an der inneren Front, anerkennt das „mutige Verhalten“ des Sanitätsführers, der „unter Einsatz seiner Person“ einen Durchbruchversuch der „Feinde“ verhinderte. Es wäre doch zu schön, wenn man etwas Näheres über den Verlauf des Gefechtes erfahren könnte. Es ist zu bedauern, daß Leddy Thälmann, der Frontkämpfergeneralissimus, nicht auch Schlachtberichte herausgibt und in einem Erlaß das tapfere Verhalten seiner Heerscharen rühmt.

Dem General Groener aber müßte es eigentlich näher liegen, sich um die reaktionäre Gesinnung seiner Offiziere zu kümmern und Erlasse dagegen herauszugeben, als einen bedeutungslosen Vorfall grotesk aufzubauschen. W. K.

„Blod oder Brel?“

Ein Aufsatz Dr. Hugenbergs

Unter der Überschrift „Blod oder Brel?“ veröffentlicht der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Hugenberg im Tag einen Artikel, in dem er sich zunächst gegen den von dem Marxismus geschaffenen künstlichen Gegenstand „Bürgerium — Arbeiterstaat“ wendet. Kein nationaler Politiker wolle das Volk in zwei Teile spalten. Niemand denke daran, einen neuen Staat ohne den deutschen Arbeiter aufzubauen zu wollen. Er, Hugenberg, möchte aus dem „Proletariat“ gern den „Bürger“ herausmachen sehen. Der neue Staat solle wieder den Frieden des Feldes und des Waldes atmen, statt der Unrast der Großstadtkaserne. In die Aeren des neuen deutschen Bürgeriums, das in ihm wohnt, werde hoffentlich die deutsche Arbeiterschaft eine Weigabe stählerner Kraft hineinstecken lassen. Eine parlamentarische Partei nach der anderen habe sich dazu hergegeben, den Sozialdemokraten bei der Verkleinerung des Erbes eines seit 2000 Jahren geschichtlichen Volkes Vorspanndienste zu leisten, sogar die DDP. Wenn die bürgerlichen Parteien das weiter täten, so würde es allmählicher Selbstmord am eigenen Volke sein. Jedes Regieren, wie es die bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren getrieben hätten, bedeute neue Zersplitterung, neue Einbuße an Ansehen, neuen wirtschaftlichen Niedergang. Für die Sozialdemokratie bedeute eine Pause des Selbstregierens keine Schwäche, sondern eine Zeit der Sammlung der Anhänger und der Kräfte. Die Gegenspieler verlären jedoch die Herzen der Menschen und zuerst das Herz der Jugend. Noch einmal ein solches „bürgerliches“ Regiment — und die verschiedenen Schattierungen des Sozialismus hätten die Mehrheit in den meisten Parlamenten. Auch die regierende Sozialdemokratie könne in einem solchen Staate ihr Programm nicht verwirklichen. Die Oberhand würden gewinnen die Staatsverweiner, die einen Staat nach russischem Muster haben wollten.

Gewaltfame Befreiung Margies' geplant

Mißlungene Bestechungsversuche

SPD Bochum, 27. August.

Der vor Jahren wegen Erschießung eines Polizeibeamten während der Kommunistenunruhen des Jahres 1923 vom Schwurgericht Bochum zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Kommunist Martin Margies ist auf Grund der letzten Amnestie zu 7 1/2 Jahren Gefängnis begnadigt und in das Bochumer Zentralgefängnis übergeführt worden. In Kreisen der kommunistischen Partei waren schon immer Bestrebungen im Gange, nach dem Beispiel von Berlin-Moabit Margies gewaltfame zu befreien.

Vor einigen Tagen weilten zur Vorbereitung dieser Aktion einige Kommunisten aus Berlin in Bochum. Der Plan einer Befreiung des Margies aus dem Zuchthaus in Münster war durch den Abtransport nach Bochum durchkreuzt worden. Wie in Münster versuchte man auch in Bochum sich der Hilfe der Gefangenen aufseher zu bedienen. Der im Bochumer Zentralgefängnis in Dienst befindliche Gefangenenaufseher J. wurde in seiner in Bochum-Gerthe gelegenen Wohnung wiederholt von Personen aufgesucht, die ihm für den Fall einer Befreiung des Margies eine Belohnung von 2000 Reichsmark in Aussicht stellten. Dieses Anerbieten hat der Beamte rundweg abgelehnt. Gelegentlich einer Straßenbahnfahrt von Gerthe nach Bochum wurde J. wiederum von den gleichen Personen behelligt. Er benachrichtigte telefonisch die Bochumer Polizei, der es jedoch nicht mehr gelang, die mit der Straßenbahn weitergeführten Kommunisten zu ertappen.

Erst jetzt war es möglich, den Hauptbeteiligten zu fassen. Nachdem er anfänglich jede Angabe über seine Person und seine Pläne verweigerte, räumte er nach behördlicher Feststellung seiner Personalleistungen, der Sekretär eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten zu sein. Damit dürfte sich der Verdacht bestätigen, daß die Zentrale der KPD in Berlin bzw. die den Schutz der Kommunisten genießenden Mitglieder der kommunistischen Parlamentarieraktionen den Befreiungsaktionen nicht fernstehen.

schlagen worden sei, bemerkte Briand, habe er keinen Augenblick daran gedacht, daß ein solches Engagement allein auf Amerika und Frankreich beschränkt bleiben sollte. Er habe immer gedacht, ihm in der einen oder anderen Form eine genügende Ausdehnung zu sichern. Alle, deren Teilnahme heute aus rein technischen Gründen noch nicht möglich geworden sei, sollten empfinden, wie sehr Frankreich ihre Abwesenheit bedauere. So erweiterte sich die Versammlung im Geiste über die ganze Welt hinaus, und dies habe die französische Regierung auch zum Ausdruck bringen wollen, als sie das Außenministerium mit den Fahnen aller Nationen besaggen ließ.

Den Frieden proklamieren, schloß Briand seine Rede, sei viel. Aber man müsse ihn organisieren. Man müsse den Völkern der Gewalt juristische Lösungen entgegenstellen. Das sei das Werk von morgen. Nicht eine von den hier vertretenen Nationen habe nicht ihr Blut auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges vergossen. So schlage er vor, dieses Werk allen Toten des großen Krieges zu weihen.

In Anbetracht dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache des französischen Außenministers und ihrer Uebersetzung ins Englische begann der eigentliche Unterzeichnungsakt. Nach der vorgesehenen Reihenfolge erhoben sich die Delegierten der einzelnen Länder, um zu dem in der Mitte der hufeisenförmigen Tafel aufgestellten Tisch zu schreiten, auf dem der Pakt lag. Als erster vollzog Stresemann seine Unterzeichnung, die die Versammlung mit allgemeinem Beifall quittierte.

Am Montagabend vereinte ein von Briand gegebenes Bankett die Bevollmächtigten, die Mitglieder der französischen Regierung und des Diplomatischen Korps.

Es ist natürlich eine „historische Stunde“, die gestern um 15 Uhr geschlagen hat. Eine neue „Weltenerwende“ hat wieder einmal begonnen, und die sogenannte Weltordnung bleibt sich und ihrer Vergangenheit nur treu, wenn sie selbst die unbedeutendsten Einzelheiten der Zeremonie breitzert. In den deutschen Zeitungen wird sehr ausführlich berichtet, wann und wie Stresemann in Paris angekommen ist, was er um 11, um 15 oder um 18 Uhr getan hat, wie er aussieht und wen er alles mit nach Paris genommen hat.

Spannende Berichte stehen heute in den Zeitungen über den Verlauf der Unterzeichnungsfeierlichkeit. Da wird genau aufgezählt, wie die großen Diplomaten nacheinander in das Uhrenzimmer des französischen Auswärtigen Amtes einmarschieren, wie Briand zur Rechten und wen er zur Linken hatte. Der Pariser Korrespondent des Berliner Tageblattes hält es für wichtig genug, den Lesern der sozialdemokratischen Presse mitzuteilen, daß die Frau des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg ein grünes Kleid getragen hat. Andere wieder geben das Ergebnis einer besonderen Anstrengung ihrer Hörmuscheln wieder, indem sie berichten, daß bei dem Aufruf des deutschen Vertreters Stresemann, und während dieser die Unterschrift leistete, ein lebhafter Beifall ertönt sei, der nur noch einmal so stark war, als Kellogg den ihm von der Stadt Le Mans gegebenen goldenen Schlüssel überreichte und unterschrieb.

So geht der Nachwelt keine Einzelheit der „großen historischen Stunde“ verloren. Es fragt sich nur, wie lange sie in der Geschichte als solche bestehen wird. In den letzten neun Jahren hat es schon mehrere „Weltenerwenden“ gegeben. Locarno und Thoiry wurden unter rauschenden Klängen gefeiert. Doch nur wenige Jahre haben genügt, um sie schon fast in die Vergessenheit sinken zu lassen. Wenn heute noch gelegentlich von ihnen die Rede ist, dann nur, um festzustellen, daß von den damaligen Hoffnungen so gut wie keine in Erfüllung gegangen ist. Es wird mit dem Kellogg-Pakt nicht viel anders werden. Die Bedeutung, die ihm jetzt angedichtet wird, wird sehr bald in Nichts zerfließen. Die Völker werden einsehen, daß Briand eine Lüge aussprach, als er sagte, daß nach der Unterzeichnung des Paktes durch die Mehrzahl der Mächte nicht mehr die Gefahr eines drohenden Krieges über ihnen schwebte.

Briand ist der Außenminister Frankreichs, dessen Vertreter zu gleicher Zeit an einer anderen Stelle sich sehr entschieden gemeldet haben, eine der Konsequenzen zu ziehen, die der Kellogg-Pakt den Staaten auferlegt. In einer Sitzung der Völkerbunds-Kommission über die Kontrolle der Kriegsmaterialproduktion hat man sich gestern darüber geäußert, wie weit die Kontrolle auszuweiten sei. Der Vertreter Frankreichs — und nicht nur er allein — wandte sich sehr heftig dagegen, auch die staatliche Kriegsmaterialproduktion durch die Kontrolle zu erfassen. Diese Weigerung bedeutet

doch nichts anderes, als daß die Mächte trotz des Kriegsvertrages auch weiterhin völlig ungehindert in der militärischen Aufrüstung, in der Herstellung von Kriegswaffen und Kriegsgeschütz aller Art sein wollen. Das hätte aber keinen Sinn, wenn die Diplomaten, die gestern in Paris unterzeichnet haben, mit ihren Regierungen wirklich der Ueberzeugung wären, damit den Krieg, wenn auch nicht ganz, so doch beinahe unmöglich gemacht zu haben.

Nein, die Arbeiter müssen in allen Ländern ihren klaren Sinn und die klare Erkenntnis festhalten: Dieser Pakt ist trotz des großen Armes, der mit ihm gemacht wird, keine reale Friedensgarantie. Er ist kein Sieg des Prinzips, das den Krieg ächtet und auf ihn als ein Mittel der Politik verzichtet. Er ist nicht mehr als ein Dokument dafür, daß die herrschenden Klassen jetzt die alten Mittel und Methoden ihrer Politik hinter neuen Phrasen verbergen. Und so ist der Pakt, den die geflitzte weltfährliche Stunde gebar, kein Friedens-, sondern ein Kriegspakt.

Die ersten Beitrittserklärungen

WTB Paris, 28. August.

Matin berichtet, daß von den Nationen, die gestern nach Übernahme der Unterzeichnungszeremonie aufgefordert worden sind, auch ihrerseits dem Antikriegspakt beizutreten, bereits vier Länder telegraphisch ihre Zusage erteilt haben. Es sind dies Dänemark, Südslavien, Rumänien und Peru.

Alle Staaten sollen dabei sein!

SPD Paris, 28. August. (Radio.)

Die amerikanische Regierung hat ihre Vertreter in jenen Staaten der Welt, die am Montag den Kellogg-Pakt nicht unterzeichneten, angewiesen, die Tatsache der Unterzeichnung und den Text des Vertrages mit den Beitrittsbedingungen mitzuteilen. Die amerikanischen Vertreter sollen den einzelnen Regierungen aushändigen, daß sie dem Vertrage sofort beitreten können. Eine entsprechende Mitteilung wurde nicht gemacht gegenüber Sowjetrußland, zu dem Amerika diplomatische Beziehungen nicht unterhält, und Afghanistan, das von Amerika zwar anerkannt ist, in dessen Hauptstadt aber ein amerikanischer Gesandter noch nicht weilte.

Die Einladung an Rußland

WTB Moskau, 27. August.

Der französische Botschafter Herbette überreichte heute im Auftrage der französischen Regierung dem stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, die offizielle Einladung an die Sowjetregierung, dem Kellogg-Pakt beizutreten. Im Auftrage seiner Regierung teilte der Botschafter mit, daß der Beitritt zu dem Pakt dieselben Bedingungen und Vorrechte voraussetze, die von den Mächten, die den Pakt heute in Paris unterschrieben haben, anerkannt worden seien. Zugleich überreichte Herbette dem stellvertretenden Volkskommissar eine Abschrift des heute unterschriebenen Paktes. Litwinow hat den Botschafter, ihm ein Verzeichnis aller Regierungen zu übermitteln, denen eine analoge Aufforderung zugesandt sei, und ersuchte ferner um Einsicht in die gesandten Dokumente, die sich auf die diplomatische Korrespondenz über den Kellogg-Pakt beziehen, da diese Informationen der Sowjetregierung bei der Beurteilung der von dem französischen Botschafter überreichten Einladung unerlässlich seien.

Gegenkundgebungen verboten

WTB Paris, 27. August.

Im Verlaufe des heutigen Tages war allenthalben und besonders in den Pariser Vorortgemeinden mit stark kommunistischen Elementen der Polizeieinsatzdienst verstärkt worden. Im ganzen wurden bei Versuchen, Kundgebungen gegen den Kellogg-Pakt abzuhalten, gegen 90 Personen festgenommen, darunter der Bürgermeister eines Pariser Vororts. Zu Zwischenfällen ist es bisher nirgends gekommen.

Warm in den Vereinigten Staaten

TT Washington, 28. August.

Nach einer eingetroffenen telegraphischen Meldung aus Washington, hat Präsident Coolidge die Führer der Armee und der Flotte nach seinem Lande zu beurlauben, um mit ihnen das englisch-französische Abkommen zu erörtern.

Bayern und Panzerkreuzer

Beschlüsse der Parteioptionen

„Sehr parteifromme und „zahme“ Ortsvereine sprachen mit Leidenschaft gegen das Verhalten der Minister“. So äußert sich Genosse Witten Saenger in einem Aufsatz, der durch eine Korrespondenz verbreitet wird. Er beschäftigt sich u. a. mit den Argumenten, durch die die vier Minister ihr Verhalten erklären wollten und verweist auf die Tatsache, daß auch das Zentrum, wie kürzlich aus einer Bemerkung des Reichstagsabgeordneten Zoos zu ersehen war, dem Panzerkreuzer durchaus nicht so bewilligungsfreudig gegenübergestanden habe. Demzufolge sollen die weiteren Argumente in sich zusammen, die sich auf die Demokraten beziehen. Herr Koch, der Justizminister, hatte bekanntlich erklärt, daß er sich in jedem Falle der Entscheidung der Sozialdemokraten anschließen werde. Demzufolge hätte es nur die Alternative gegeben, entweder den Panzerkreuzer zu bewilligen oder aber eine Regierungskrise herbeizuführen. Genosse Saenger kommt zu folgendem Schluß:

„In der gleichen Linie liegt endlich die Bemerkung, „indem wir uns zum Eintritt in die Regierung bereit erklärten, nahmen wir den Panzerkreuzer A mit in den Kauf.“ Wirklich? Und dann mit Zustimmung von 4 sozialistischen Ministern? In Kauf wurde nur genommen, daß die Entscheidung im Kabinett zu fallen habe, sonst gar nichts. Die Angst überstimmt zu werden, hätte aber doch vielleicht mit etwas kluger Tapferkeit überwunden werden können: vier sozialdemokratische und zwei demokratische Minister hätten im Kabinett beschließen können, dem Reichstag vorzuschlagen, die Millionen der ersten Rate für soziale Zwecke sichtbar zu verwenden. Wäre dann über diese Fragestellung Koalition — sie hätten es sich überlegt! — oder Reichstag aufgelöst, dann hätte es einen guten Kampf gegeben und das erste und letzte in der Politik hätte das Volk gespürt: politische Führung und Willen.“

Am vergangenen Freitag nahmen die Münchner Parteigenossen Stellung zur Panzerkreuzerfrage. Genosse Kuer referierte über die Beschlüsse des Parteiausschusses und Genosse Saenger beschäftigte sich noch mit der Stellungnahme der Reichstagsfraktion. In der Münchner Versammlung wandte sich Saenger ebenfalls scharf gegen die Haltung der Minister, obwohl auch er am Schluß seiner Ausführungen die Zustimmung zu folgender Entschließung empfahl.

Die heraus stark besuchte Versammlung ist mit dem Beschluß einverstanden, den die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss am 18. August gefaßt haben. Die Versammelten geloben, mit allen Kräften mitzuwirken an dem Ausbau der Parteioption, an der Verbreitung unserer Presse, um die Stellung der Sozialdemokratie so zu stärken, daß künftighin der Wille der sozialdemokratischen Wähler in den Ländern wie im Reich mehr zur Geltung kommt, als das heute möglich ist.

Aus Münchner Parteifreie wird uns nun mitgeteilt, daß der Verlauf der Versammlung durchaus nicht so ordnungsgemäß verlief, wie das etwa aus dem Bericht der Münchner Parteizeitung zu entnehmen war. Den Rednern, die zu der Resolution Stellung nahmen, „wurde bei andauerndem Lärm der Versammlung und vor allem infolge der „objektiven“ Geschäftsführung des Genossen Wimmer die Stellungnahme fast unmöglich gemacht. Als Gegenresolution wurde die Leipziger Entschließung wortgetreu vorgelesen. In der Abstimmung stimmten von 600 — nicht 1200, wie die Münchner Post berichtet — etwa 60 Genossen, nicht 20 gegen die Resolution Kuers.“

In ganz anderer Weise verlief eine Versammlung der Augsburg-er Parteioption, in der der Landtagsabgeordnete und Zweite Bürgermeister Wermann referierte. Er führte unter anderem aus:

„Ich empfand die Panzerkreuzerfrage förmlich als eine Katastrophe für den Sozialismus! Es ist doch so, daß schon rein geistlich-mäßig aus diese Entscheidung ungeheurer Schaden bedürftig; ja unsere empfindlichste Seite überhaupt wurde damit getroffen! (Lebhafte Zustimmung!) Die Flottenpolitik eines Wilhelms II. ist mit dem Beschluß in modernem inaugurierter worden. Genossinnen und Genossen! Von dem Augenblick an, wo dies geschah ist, haben wir den allerhöchsten Widerstand zu leisten. (Stürmischer Beifall!) Ich erinnere die älteren Genossen daran, daß wir Sozialdemokraten eigentlich im wütenden Kampfe gegen den Flottenwahn eines Wilhelms und seiner Helfer groß geworden sind. Wir haben jahrelang gegen diese Politik gekämpft, weil wir schon damals wußten, daß solche Politik den Untergang Deutschlands bringen muß. (Stürmische Zustimmung.) Man sollte doch die psychologischen Wirkungen früherer Politik und damit auch die Wirkungen des diesmaligen Beschlusses besser beachten. Ich behaupte: Die Zustimmung zum Bau eines Panzerkreuzers hat uns weit mehr geschadet, als die Schaffung von zehn neuen Regimentern geschadet hätte! (Lebhafte Zustimmung!)“

In der Diskussion trat unter anderem der Leiter des Augsburger Gewerkschaftsartikels, Genosse Berger, ein früherer Angehöriger der Marine, den Auffassungen des Referenten bei. Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen:

„Die am 25. August tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Augsburg betrachtet die Haltung der Genossen im Reichskabinett in der Frage des Panzerkreuzerbauens für einen schweren Fehler und bedauert die erfolgte Zustimmung zum Bau. Getreu der bisher vertretenen Auffassung hält die Versammlung den Bau von Kriegsschiffen für verhängnisvoll und für eine nutzlose Verschwendung von Steuermitteln.“

Die Versammlung erwartet, daß Reichstagsfraktion und Parteivorstand alle Maßnahmen ergreifen, den Wahlsieg vom 20. Mai 1928 entsprechend dem Willen der Wähler zu sichern und daß sie dafür sorgen, daß auch die Handlungen der Reichsregierung mit der durch die Reichstagswahlen geschaffenen Lage im Einklang stehen.

Die Versammlung erwartet ferner auf das Bestimmteste, daß künftighin die Forderungen der Partei von den in der Regierung sitzenden Genossen in klarer Weise und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Versammlung hält zur Regelung der Angelegenheit die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages für notwendig.“

Aus alledem ergibt sich, daß Genosse Saenger durchaus recht behält, wenn er erklärt, daß auch „sehr parteifromme“ Ortsvereine mit Leidenschaft gegen das Verhalten der Minister gestanden seien. Bisher zeichnete sich Bayern durch eine fast gleichmäßige taktische Auffassung aus. Die Panzerkreuzer-Angelegenheit aber hat, wie das Augsburger Beispiel beweist, diese Front nachhaltig durchbrochen, und auch in Württemberg scheint sich, obwohl dort nur ein ausgewähltes Gremium von Genossen entschieden hat, die gleiche Auffassung geltend zu machen. Das bezeugt eine Mitteilung des SPD, aus der das Folgende zu ersehen ist:

„Der erweiterte Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs nahm nach einem Referat des Abg. Karl Hildbrand eine Entschließung an, in der in bezug auf die Panzerkreuzerfrage bedauert wird, daß die sozialdemokratischen Reichsminister nicht wenigstens den Versuch gemacht haben, die Frage des Baubeginnes des Reichstags des Bürgerblocks gegen die Stimmen der Sozialdemokratie bewilligten Panzerkreuzers im neuen Reichstag zum Austrag zu bringen. Dadurch wäre unzweifelhaft festgestellt worden, wer die Verantwortung für den Panzerkreuzerbau zu tragen habe, die man jetzt unbegründet der Sozialdemokratie anschieben versucht. Die Konferenz verlangt schließlich: Abkündigung der folgenden Raten für den Panzerkreuzer A durch die Reichstagsfraktion und die Kabinettsmitglieder, Republikanisierung der Reichswehr und Abschaffung des Heeresetat.“

Eingeständnis der Ohnmacht

Schwacher Protest

Interparlamentarische Union und Staatsstreik

SPD Berlin, 28. August (Radio).

Der Rat der Interparlamentarischen Union besaßte sich am Montagabend mit der von der ägyptischen Delegation in der Vollversammlung eingebrachten Entschließung gegen die gewalttätige Ausschaltung der Parlamente. Der Rat wird der heute zu Ende gehenden Vollversammlung folgende Entschließung vorlegen:

1. In der Erwägung, daß das Prinzip der Volksvertretung durch frei gewählte Parlamentarier die Grundlage der Union selbst bildet,
2. getreu der Tradition, welche die früheren Konferenzen geleitet hat,
3. in dem Bestreben, jede Meinungsäußerung, welche als ein Urteil über Fragen der aktuellen Politik, insbesondere der internen Politik der Staaten aufgefaßt werden kann, zu vermeiden,
4. erklärt die 25. Interparlamentarische Konferenz, daß sie jeden gewalttätigen Akt ablehnt, der das parlamentarische Regime dauernd oder vorübergehend aufzuheben beabsichtigt. Sie erklärt, daß jede Mobilität des parlamentarischen Regimes nur auf Grund der Verfassung des betreffenden Landes vorgenommen werden kann.

Diese Entschließung wurde bis auf den Absatz 3, der mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen wurde, einstimmig gefaßt. Ein Ratsmitglied befaßte sich das Recht vor, die ursprüngliche Fassung der ägyptischen Resolution der Vollversammlung zur Annahme vorzuschlagen.

Neue Genfer Blamage

SPD Genf, 27. August.

Eine Beschwerde Litwinoffs über die Nichtberufung der Vorbereitenden Abklärungskommission hat Genf in große Verlegenheit versetzt. Die Klage Litwinoffs ist berechtigt, da tatsächlich in der letzten Tagung der Vorbereitenden Abklärungskommission zuerst davon die Rede war, die nächste Tagung auf jeden Fall vor der Völkerversammlung in diesem Jahre einzuberufen. Ein dahingehender Passus in der Schlussresolution wurde erst im letzten Augenblick von dem sehr unfair vorgehenden Bureau ausgemerzt, so daß Mitglieder der Kommission nach der letzten Sitzung der Ansicht waren, sie hätten eine Resolution angenommen, in der ein Wiedervereinigen der Kommission vor dem September 1928 versprochen sei.

Es dürfte höchste Zeit sein, daß das merkwürdige Kleeblatt aus dem holländischen Lauden, dem griechischen Politis und dem norwegischen Colban, das als Bureau der Abklärungskommission deren Arbeiten mehr hemmt als fördert, durch objektivere und abklärungsfreundlichere Leute ersetzt wird.

Kein Zusammentritt des Reichstages

SPD. Der Aeltestenrat des Reichstags hielt am Montag eine kurze Sitzung ab, um über den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags zur Erörterung des Panzerkreuzerbauens zu entscheiden. Der kommunistische Antrag wurde von keiner Seite unterstützt. Es bleibt daher bei den bisherigen Dispositionen, nach denen der Reichstag erst im Oktober oder November wieder zusammentreten soll. Ueber den Panzerkreuzerbau selbst wurde sachlich nicht diskutiert. Auch die Frage wurde offen gelassen, ob der Reichstag etwa später noch einmal zu dem Bau des Panzerkreuzers Stellung nehmen soll.

Der der Entscheidung im Fall Lambach

SPD Berlin, 28. August (Radio).

Am Mittwoch tritt das deutsch-nationale Parteigericht zusammen, um das Ausschlußurteil gegen den Reichstagsabgeordneten Lambach nach einmal zu überprüfen. Die nationalsozialistische Deutsche Zeitung gibt diese Tatsache unter der Überschrift: „Die Deutsch-nationalen am Scheidewege“ — „Deutschnational oder sozialdemokratisch?“ wieder.

Bei einer politischen Schlägerei getötet

WLB Berlin, 1. August.

Bei einer Schlägerei zwischen Angehörigen der KPD und politisch Andersdenkenden wurde in der vergangenen Nacht in Spandau der 20 Jahre alte Schlosser Karl Sommerfeld so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus starb. Sechs Beteiligte wurden von der Polizei festgenommen.

Amnestierter „Hochverräter“

Das Verfahren gegen den Dichter Becker eingestellt

In einer nichtöffentlichen Sitzung beschäftigte sich der Ferienstrafsenat des Reichsgerichts mit dem bekannten Dichter R. J. Becker in Berlin. Gegen Becker war vom Oberreichsanwalt wegen mehrerer seiner Werke u. a. auch wegen seines Buches „Die einzig gerechte Krieg“, das Hochverratsverfahren eingeleitet worden. Die Einleitung des Strafverfahrens gegen den Dichter Becker, der sich in seinen Schriften mit aller Schärfe gegen den Krieg wendet, hatte damals das größte Aufsehen erregt und mit Spannung erwartete man den Hochverratsprozess vor dem Lorenzenhof des Reichsgerichts. Der Ferienstrafsenat unter Vorsitz des Senatspräsidenten Müller hat nunmehr den Beschluß gefaßt: Das Verfahren gegen Becker wird auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. Die Kosten werden der Reichskasse auferlegt.

Politische Tätigkeit verboten!

Der Steuersekretär Paintner in Billingen (Baden) ist vor kurzem an das Finanzamt Säckingen versetzt worden. Das wäre an sich kein Ereignis von besonderer Bedeutung. Dazu wird die Verlegung erst durch die Begründung, die der Vorgesetzte Paintners, nach dem Volkswillen in Singen, gegeben hat. Dieser Vorgesetzte, ein Regierungsrat, bewies nämlich seinem Untergebenen die Notwendigkeit der Verlegung mit den Worten: „Sie treiben eben Politik; dies wird schon längere Zeit bei Ihnen beobachtet.“ Paintner ist Vorgesetzter der Ortsgruppe Billingen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und sozialdemokratischer Stadtratsrat.

Der Vorgang zeigt wieder einmal, wie es an manchen Orten um die „Freiheit der politischen Gestaltung“, die nach der Verfassung jedem Beamten gewährt sein soll, in Wirklichkeit bestellt ist.

Das Wanderungsproblem

Entschließung der Interparlamentarischen Union

SPD Die Interparlamentarische Union eröffnete ihre Sitzung am Montagmorgen mit einem Gruß der Parlamentarier aller Länder an Kelllogg und Briand.

Die Konferenz erörterte dann die Fragen der Ein- und Auswanderung. Der Berichterstatter Dr. Slavko Secerow legte eine Entschließung vor, die den Wunsch ausdrückt, daß die Staaten zweiseitige Verträge abschließen, die geeignet sind, entgegengelegte Ansichten zu versöhnen und die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des Auswanderers sicherzustellen. Diese Verträge sollten besonders folgende Fragen regeln:

1. Einrichtung von nationalen und internationalen Auskunftsstellen.
2. Zulassung der Auswanderer.
3. Schutz der Auswanderer, insbesondere Vereinfachung des Nachweises und Schutzbestimmungen auf sanitärem und sittlichem Gebiet mit besonderer Berücksichtigung des Frauen-, Kinder- und Jugendschutzes, Kampf gegen Mädchenhandel und Prostitution.
4. Regelung des Gesundheitspolizeiwesens: Wohnungsverhältnisse, Kampf gegen die Einführung ansteckender Krankheiten und gegen den Mißbrauch schädlicher Rauschgifte usw.
5. Anwendung der Sozialgesetzgebung des Einwanderungslandes auf den Eingewanderten, insbesondere auf dem Gebiete der Sozialversicherung.
6. Naturalisation.
7. Militärische Dienstleistungen.

Es sprachen die Vertreter zahlreicher Nationen, deren Ansichten naturgemäß recht verschieden waren, je nachdem, ob es sich um ein Land handelte, das auf Einwanderung angewiesen ist oder nicht.

Am Nachmittag sprach für die deutsche Delegation der frühere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt. Ihm blieb es vorbehalten, den sozialen Gedanken und die gewerkschaftlichen Forderungen in die Aussprache zu bringen. Er verwies darauf, daß die Auswanderung mit den schlechteren oder besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhänge. Sie gehe, wie neuerdings wieder das deutsche Beispiel zeige, zurück, sobald die wirtschaftliche Lage sich habe. Schmidt befürwortete größere Schutz- und Kontrollmaßnahmen in den Ländern mit Zustrom von Auswanderern, insbesondere müsse dafür gesorgt werden, daß für die Ausländer der gleiche Lohn wie für die Inländer gezahlt werde, damit ein ausländischer Lohndruck unterbleibe. Die Tarife müßten mit starken Rechts Garantien umgeben werden.

Im Laufe des Nachmittags bestieg als Vertreter der schwarzen Rasse, das Mitglied der französischen Deputiertenkammer, Candace, die Rednertribüne. Der tiefschwartzes Afrikaner erwies sich als ein glühender, temperamentsvoller Redner, der seinen Vortrag in glattem, ausgezeichnetem Französisch hielt. Die Versammlung bereitete ihm mit wenigen Ausnahmen sowohl bei Beginn als bei Schluß seiner Rede lebhafteste Beifallsstürme entgegen. Candace lobte den Rapport des Berichterstatters, bedauerte aber, daß dieser sich nicht mit den Kolonialvölkern beschäftige. Diese Teile der Menschheit seien sozusagen noch in embryonalen Formen und seien sehr hilflos. Wenn in Afrika wohnen 150 Millionen Menschen, die erst Menschen werden wollten. Sie seien Kinder, hätten keine Schulen, keine Möglichkeit zur Fortbildung und lebten in Dunkelheit. In dieser Bewegung schloß der Redner: Gest ihnen das Licht, Gerechtigkeit, Solidarität, Brüderlichkeit der Völker und nur leere Worte, solange man nicht den Kolonialvölkern zum Lichte verhilft.

Die Entschließung des Berichterstatters wurde mit einem unwesentlichen Ergänzungsvorschlag bei Entschluß der Amerikaner angenommen. Die Konferenz vertagte sich dann auf Dienstag.

Schwere Kämpfe in China

WLB London, 28. August.

Daily Mail berichtet aus Peking: Schwere Kämpfe sind zwischen den chinesischen Nordtruppen und den koreanischen Nationalisten im Gange. Viele Verwundete treffen in Peking und Tientsin ein. Der General der Nordtruppen, Tschangtsunshang, hält die Eisenbahn zwischen Mukden und Tientsin besetzt. Den Südtruppen fehlt es fast vollkommen an Eisenbahnmateriale.

Meuterei unter den Truppen Fjengs

WLB London, 27. August.

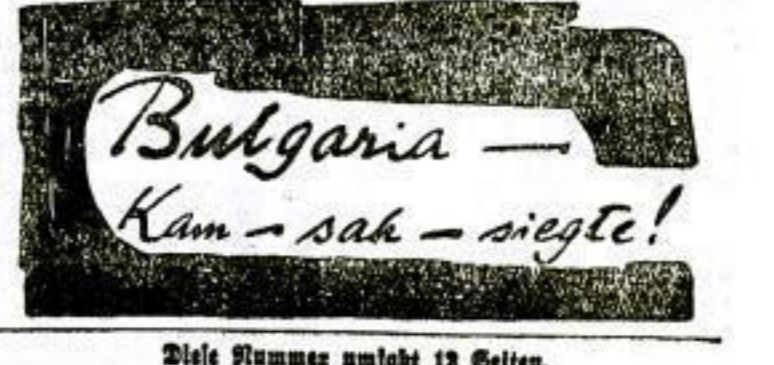
In fährlichen chinesischen Kreisen in Schanghai ist durch die plötzliche und geheime Abreise General Fjengs von Kanking nach Kailong große Ueberbahrung hervorgerufen worden. Es scheint, daß unter den Unterführern General Fjengs in Schanghai und Kanking, besonders unter den mohammedanischen Truppen besitzenden Führern ein Aufruhr ausgebrochen ist. In chinesischen militärischen Kreisen sind Berichte eingegangen, wonach die Meuterer den Lungwan-Pag von Schanghai in der Richtung von Honan bedrohen und daß Fjeng um die Sicherheit der Provinz stark besorgt ist. Der Aufruhr soll von dem Anfu-Klub unterstützt werden.

Mexikanische Mordkomplotten in Neuorl

WLB Neuorl, 27. August.

Die Bundesgerichtsbehörde hat Haftbefehle gegen 6 Mexikaner erlassen, die sich angeblich in Neuorl aufhalten und von der mexikanischen Regierung in Verbindung mit der Ermordung Obregons und anderen Verbrechen gesucht werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Kurt Günther in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Eugen Schupfand in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altengleichschalt Verlag.



Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Seine Majestät der Gast

Man kann bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung oft viel lernen, besonders wenn sie Zustände im Gastwirtsgerwerb im allgemeinen, den „Thüringer Hof“ im besonderen betreffen.

Das diene zur ersten Aufklärung für den Leser. Jetzt die zweite Information: Der „Thüringer Hof“, in dem die „seriösesten“ Stammtische Leipzig verkehren und der auf seinen „Kai“ stolz ist, nimmt es mit der Arbeitszeit und verschiedenen anderen Dingen nicht sehr genau.

Der Vorfall war folgender: In einem Stammtisch wurde viel Bier getrunken. Bei der Abrechnung entstand wegen eines Glases Bier eine Differenz. Der Kellner gab nach, murmelte aber — in einer begrifflichen inneren Aufregung —: „Es waren doch drei Glas Bier!“ Diese Bemerkung eines Kellners gegenüber einem selbstgefälligen Sanitätsrat erregte die Empörung der ganzen Runde.

Der Kellner erhob beim Betriebsrat Einspruch, dem stattgegeben wurde. Darauf erfolgte Klage beim Arbeitsgericht auf WiederEinstellung.

In der Verhandlung wurde behauptet, daß der Kläger im fraglichen Augenblick betrunken gewesen sei.

Während der Kellner angab, daß er als Folgeerscheinung einer im Kriege erworbenen Malaria in gewissen Augenblicken stark benommen sei.

In der Verhandlung sagte ein als Zeuge vernommener Geschäftsführer des Thüringer Hofes aus, daß er durch einen Gast mit dem Bemerkten geholt worden wäre, daß der Kellner betrunken sei. Im übrigen habe er den Kellner schon öfters wegen Trunkenheit warnen müssen.

Dieser habe auf ihn keinen angetrunkenen Eindruck gemacht. Kechnlich sagte auch ein Papier und ein Büffetfräulein aus, so daß die Sache für Herrn Herrmann, den Besitzer des Thüringer Hofes, nicht sehr glänzend zu stehen schien.

Dann kam aber die Vernehmung des „Kronzeugen“, des Sanitätsrats, mit dem die Differenz entstanden war. Es war schon kennzeichnend für Arbeitsgerichtsrat Dr. Schmidt, daß er sich in einer geradezu übertriebenen Höflichkeit bei dem Sanitätsrat entschuldigte, daß er so lange habe warten müssen.

Wir glauben, daß es notwendig wäre, daß der Arbeitsgerichtsrat Dr. Schmidt von einer höheren Stelle über notwendige Umgestaltungen und über die Tatsache befehlet wird, daß für das Gericht Kommerzienrat und Kellner auch in der Titulatur gleichberechtigt sein müssen!

Als sich der Sanitätsrat als Zeuge lang und breit über den demänglichen Zustand des Kellners auszulassen begann, stellte dessen Vertreter die einzig richtige Frage:

„Wieviel Glas Bier haben Herr Sanitätsrat denn an dem betreffenden Abend getrunken?“

— Eine ganz exakte Antwort erfolgte übrigens nicht. Als der Vertreter des Kellners dagegen protestierte, daß der Sanitätsrat als Sachverständiger vernommen wurde (ein medizinischer Sachverständiger war außerdem geladen), meinte Dr. Schmidt, daß das seine Sache sei. Unserer Auffassung nach irrt er sich auch in diesem Falle, das ist Sache der Kammer, nicht des Vorsitzenden allein.

Am Schluß der Verhandlung gab der medizinische Sachver-

Aus Nah und Fern

Fernsehen und Bildfunk

SWD Berlin, 27. August.

Die glänzend gelungenen Fernsehversuche des deutschen Gelehrten Karolus, die auf der kommenden Großen Deutschen Funkausstellung der Öffentlichkeit zum ersten Male gezeigt werden sollen, haben auf die Gelehrten des Auslandes einen gewaltigen Eindruck gemacht.

Ein ernsthafter Mitbewerber ist Karolus jedoch in der Person des Ungarn v. Mihaly erstanden, der gleichfalls auf der Großen Deutschen Funkausstellung sein Fernsichtsystem mit Unterstützung der Reichspost vorführen wird.

Auch der Bildfunk gewinnt immer mehr an Boden. So will die Stadt London demnächst einen ständigen Bildfunkverkehr mit Berlin eröffnen, nachdem zwischen London und Manchester schon ein solcher Dienst besteht.

Ein Neuntähriger erkaufte ein kleines Kind

WIB Vottrop, 27. August.

Unter merkwürdigen und grauenhaften Umständen kam am Sonntagmittag in Vottrop die 2 1/2 Jahre alte Charlotte Schlauch ums Leben.

ständige sein Gutachten ab: Es ist nicht möglich, zu sagen, ob Betrunkenheit vorliegen hat. Die Feststellung, ob jemand betrunken ist, ist nicht so leicht, wie man oft annimmt.

Da das Ergebnis der Beweisaufnahme für den Kläger ziemlich günstig war, eine WiederEinstellung aber nach Angabe der Beklagten nicht möglich sei, erhielt der Kläger im Vergleichsweg eine Entschädigungssumme zugesprochen.

Opfer der Berge. Bei dem Abstieg vom Mont Blanc wurden am Montag, wie aus Genf gemeldet wird, vier Genfer Alpinisten von einer Gesteinsfalle überzerrast.

Erkrankungen in der Reichsdruckerei. In der Reichsdruckerei sind, wie erst jetzt bekannt wird, schon vor mehreren Tagen zahlreiche Angestellte nach dem Genuß von Fleisch und Gemüse aus der Kantine an Vergiftungserscheinungen erkrankt.

knaben an, der in einiger Entfernung sichtbar war. Ehe dieser eingreifen konnte, war das Kind ertrunken. Der Vorfall wurde erst heute mittag bekannt, als der Vater den Tod beim Standesamt anmeldete.

Von der bayerischen Eisenbahn

Diesmal nur ein kleiner Betriebsunfall

TL Kempten, 27. August.

Die Lokomotive des D-Zuges 179 Lindau-Augsburg entgleiste heute vormittag bei Kilometer 52 zwischen Hilpoldried und Günzach mit der vorderen Laufachse.

Eisenbahnunglück in London

TL London, 27. August.

Am Montagnachmittag stieß ein von Manchester kommender Zug auf dem Huston-Bahnhof mit großer Wucht auf die hydraulischen Puffer auf.

Fieberepidemie in Griechenland

TL Athen, 26. August.

In Griechenland greift eine Fieberepidemie immer mehr um sich. In den letzten Stunden sind im Piräus 15 Fieberkranke gestorben. Tausende von neuen Krankheitsfällen wurden gemeldet.

Darlehen für St. Ingbert

WIB St. Ingbert, 28. August.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat der Stadt ein Darlehen von 500 000 Frank bewilligt, damit die Stadt ihren notwendigsten Verpflichtungen nachkommen kann.

Hakenkreuzler vor Gericht

Am Tage der Reichstagswahl, am 20. Mai 1928, gegen 5 Uhr, kam es zwischen Reichsbanner- und Rot-Front-Leuten einerseits und Hakenkreuzlern andererseits in der Tauscher Straße, in der Nähe des Battenbergs, zu einer Schlägerei.

Die Hakenkreuzler hatten hier versucht, Wahlplakate zu überkleben. Als ihnen dieses von den dort aufpassenden Reichsbannerleuten verwehrt wurde, schlugen die Hakenkreuzler mit Lederriemen auf die Reichsbannermannschaft ein.

Wegen Körperverletzung hatten drei der „deutschen Helden“ durch Strafbefehl je 100 Mk. Strafe erhalten.

Dagegen hatten sie nun gerichtliche Entscheidung beantragt und wurden mangels Beweises freigesprochen. Es konnte nicht festgestellt werden, wer von den Parteien die Schlägerei begonnen hatte.

Stellenangebote

Zementfaharbeiter stellt ein

Schubert, Thekla, Mühlstraße 12 sucht vollständig selbständig, eheliches Fräulein o. eheliche Frau fürs Geschäft, Kunsthandlung, Einrahmungen, für alle vorkommenden Arbeiten (Bilder fassen usw.) Off. unter G 23 an die Exp. dieses Blattes, Tauscher Straße 19/21.

Verkäufe

Neuer Verkaufspavillon mit od. ohne Ware zu vermieten oder zu verkaufen. Gr. ca. 3-600 qm. Eistorstr. 17, Dtr.

Möbelhaus

Poll Eutritzscher Markt Straß. 14, 16, 12 Holzbetten na Qualität Mk. 35.- Teilzahlungs!

Kaufgesuche

Gold, Silber, Brillant, Gebisse kauft Hans Dünkel Promenadenstraße 25

Wohnungen

1 od. 2 leere Zimmer lacht Brautpaar per 15. Oktober oder 1. November, möglichst im Osten oder Südosten gelegen. Angebote unter H 24 a b Exped. d. Blatt, Tauscher Str. 19/21.

Diverses

Ihr Anzug wird „wie neu“ gereinigt u. gebügelt f. 45.00. Abhol. u. Jul. frei. Polit. genügt an Reinlauna, Umding. L. Döllitz, Burghardstr. 8

Inserate

für die billigste Nummer bestimmt, erbiten bis 10 Uhr vormittags am Ercheinungsort

Warnung.

Hiermit warne ich jedermann, über meine Person unwahre Gerüchte zu sprechen oder zu verbreiten. Jeden Verbreiter unwahrer Gerüchte werde ich gerichtlich verfolgen lassen.

Erich Wolf

Gärtnerereibesitzer, Groß-Miltitz.



KOSMOS MARKE KAIRO Ihr Genuß steigert das Lebensgefühl, vermittelt Konzentration und Ausdauer. Ihr feines Aroma entzückt selbst den verwöhnten Kenner! ZIGARETTEN-FABRIK KOSMOS A-G DRESDEN-A-SEIT 1886

Ozeanflug Deutschland-Amerika!

Peter Punkt als Passagier. Über dem atlantischen Ozean will er sich eine neue Zigarette anzünden und ruft plötzlich „Umkehren!“ „Warum?“ fragt erstaunt der Pilot. „Meine Kosmos-Kairo-Zigaretten sind verbraucht! Dies der wahre Grund, warum jener Flug abgebrochen werden mußte. Wer Großes leisten will, bediene sich



Sachsens Rückständigkeit im Betriebsrätewesen

Zu den Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten gehört es auch, sich in den Betrieben darum zu kümmern, ob Arbeitervereine (Betriebsräte) vorhanden sind, sich mit diesen Betrieben in Verbindung zu setzen, sie zu den Bestrebungen mit heranzuziehen, ihre Beschwerden und Wünsche entgegenzunehmen und überhaupt die Entwicklung des Betriebsrätewesens zu fördern. Daher findet sich in den kürzlich erschienenen

Jahresberichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1927 auch ein Kapitel über das Wirken der Betriebsräte in Sachsen, das uns leider kein sehr erfreuliches Bild zeigt.

Zunächst ist — mit Ausnahme des Bergbaues, wo es besser zu sein scheint — festzustellen, daß trotz einiger Fortschritte noch immer viele Gewerbebetriebe ohne Betriebsräte sind. In den Großbetrieben, namentlich in größeren Orten und deren näherer Umgebung, sind zwar im allgemeinen Betriebsräte vorhanden, aber in den Mittel- und Kleinbetrieben wie auch in ländlichen Gegenden hat der Gedanke einer Arbeitnehmervertretung noch immer nicht in der genügenden Weise Boden gefaßt. Die Gewerkschaften arbeiten zwar, wie auch die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten zeigen, mit aller Energie an einer Abstellung dieser Mängel, sie versuchen auch, die Betriebsräte untereinander zusammenzufassen und vor allem weiter zu schulen, aber die Entwicklung geht in dieser Beziehung leider außerordentlich langsam vorwärts.

Zum Teil liegt das an dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer. Manche Arbeitgeber erblicken noch immer in den Betriebsräten eine überflüssige Einrichtung. Redewendungen wie „die Zeiten der Betriebsräte sind vorbei“ oder „in unserem Betriebe gelten nur die Anordnungen der Betriebsleitung“ waren nach den vorliegenden Berichten nicht selten. Immer wieder kommen auch

Entlassungen von Betriebsräten,

insbesondere von wirklich aktiven Betriebsratsvorsitzenden vor, die dann erst auf einem sehr mühsamen und langwierigen Wege sich ihr Recht erkämpfen müssen. Die Einstellung mancher Unternehmer wird auch dadurch gekennzeichnet, daß sie die Frage der Aufsichtsbearbeitung nach dem Vorhandensein des Betriebsrates geradezu als eine Beleidigung empfinden.

Diese Voreingenommenheit der Unternehmer beruht nach Auffassung der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Teil auf häufig festgestellter unvollkommener Kenntnis des Gesetzes. Das mag richtig sein. Auf der anderen Seite muß aber auch gesagt werden, daß gerade das Gesetz nicht die genügenden Handhaben gegen eigenwillige und böswillige Unternehmer bietet. Die Gewerbeaufsichtsbeamten müssen sich aus Mangel an anderen Möglichkeiten auf ermahnende Hinweise und gütliche Vorstellungen beschränken, die natürlich in den allermeisten Fällen einen nachhaltigen Erfolg haben werden. Diese Mißstände lassen sich nur vom Reiche her beheben. Es wird eine wichtige Aufgabe für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sein, die bisherigen Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz zu verwerten und mit Nachdruck auf seine Verbesserung zu dringen.

Aber es muß auch ehrlich zugegeben werden, daß die Mißstände erheblich geringer wären, wenn die Arbeiterschaft ein größeres Interesse und eine größere Anteilnahme an dem mit dem Betriebsrätegesetz überkommenen Rechten und Pflichten zeigte.

Wir müssen dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten leider recht geben, wenn er nur allzu häufig Interesslosigkeit bei der Arbeiterschaft feststellt. Am schlimmsten ist das in Betrieben mit vorwiegend weiblicher Belegschaft, was zum Teil aus der doppelten Belastung der Frau im Beruf und Hauswirtschaft zu erklären ist. Auch in den Kreisen der Angehörigen fehlt es in dieser Beziehung wenig erfreulich aus; hier wie auch an anderen Stellen ist ein wichtiger Grund die Furcht, bei der Übernahme des Amtes vom Unternehmer weniger freundlich behandelt zu werden — ein Bedenken, das wohl häufig berechtigt ist. Ein anderer Grund ist der, daß vielfach die Arbeitskollegen an den Leistungen des Betriebsrates kleinliche oder ungerechtfertigte Kritik üben, die diesen zur Niederlegung seines Amtes veranlaßt und dazu führt, daß ein Nachfolger schwerlich zu finden ist. Am günstigsten liegen die Dinge in den Industriezweigen, in denen eine starke Organisation der Arbeiter vorhanden ist: im Bergbau, in der Metallindustrie, zum Teil auch im Textilgewerbe.

Der Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten bedauert auch, daß die Betriebsräte auf vielen Gebieten nicht die genügende Initiative entfalten. So haben sie in den Fragen der Unfallverhütung, die mit der fortschreitenden Rationalisierung der Betriebe immer dringlicher und lebenswichtiger für die Arbeiterschaft werden, leider nirgends eigene Vorschläge gemacht. Im Steinkohlenbergbau wurde im letzten Jahre vom Oberbergamt an die Bergämter eine Anweisung zur Mitherranziehung der Betriebsräte auf diesem Gebiete gegeben, die verdruckt auch beim Braunkohlenbergbau angewendet wird. Man darf hoffen, daß auf diese Weise eine segensreiche Erweiterung der Tätigkeit der Betriebsräte erzielt wird.

Im ganzen ergibt sich, daß die Gewerkschaften noch ein großes Stück Arbeit in bezug auf die **Aufklärung der Arbeiterschaft** und die Schulung der Betriebsräte vor sich haben. Der organisatorische Aufschwung, den die meisten Gewerkschaften in der letzten Zeit genommen haben, läßt erhoffen, daß sie dieser Aufgabe in Zukunft mehr als bisher gewachsen sein werden. Es ist von großer Bedeutung für die weitere Durchsetzung des Betriebsrätegedankens, daß gerade in Sachsen mit seiner großen Industrie die heute noch vorhandenen Mißstände beseitigt und rasche Fortschritte in der Zahl der Betriebsräte und in dem Umfange ihres Wirkens gemacht werden.

Eine kindliche Demonstration

Einen blöden Streich leisteten sich in Chemnitz verächtliche Kastraten-Kinder. Als bei der Verfassungsfeier der Industrieschule in den Kammerlichtspielen das Orchester im Anschluß an die Hymne das sogenannte Deutschlandlied intonierte, verhielten sich die Kinder, mit gutem Sinn für Symmetrie im Saal verteilte Knaben in Uniform oder Kuffentiteln das Talent zum Brüllen nicht länger zurückhalten. Nach einigen mißglückten Versuchen, die Internationalen zu singen, wurde mit ehrlicher Hingabe an die Sache ein grandioser Spektakel arrangiert, der schließlich in ein Handgemenge zwischen den unter den Schülern sitzenden Lehrern und den prominentesten Schreibern ausartete. Da das an homerische Zeiten erinnernde Schimpfen und Schlagen kein Ende zu nehmen schien, wurde endlich ein Ueberfall-Kommando alarmiert, das die beteiligten Kinder zur Räumung des Saales nach dem Polizeipräsidium schickte. Ob die Feiert darauf fortgesetzt wurde, ist uns nicht bekannt.

Daß man bei einer Verfassungsfeier vor Jungproletariern in Chemnitz „Deutschland über alle“ trompeten und schreien läßt, findet auch nicht unseren Beifall. Deshalb hatten jedoch die Kastraten keine Veranlassung, sich so zu benehmen! Derartige Kinderreien, wie sie in diesem Falle vom Stapel lassen zu müssen glaubten, haben mit Klassenkampf jedenfalls nichts zu tun; für die Beteiligten war es sicher auch keine glückliche Gelegenheit, gegen ihre Lehrer einmal offen zu rebellieren und sich an ihnen für allerlei tatsächliches oder eingebildetes Unrecht zu rächen. Wenn sich nun die Leipziger Kreuze vor moralischer Entrüstung gar nicht zu fassen wissen und unangenehme Strafen gegen diese „Tiere“ fordern, muß doch gesagt werden, daß oft genau auch Gymnasialkinder mit ihren Vätern übertriebener reaktionärer Gesinnung sich ähnliche Wüstereien geleistet haben. In solchen Fällen interpretierten die PM inakquisitorische Kinderreien aber nicht als „Rüpelerei“, sondern als „menschenverständlich, aus einem unvorhergesehenen Empfinden resultierende Protestaktionen gegen die verjudete Republik!“ Es können eben zwei daselbe tun, ohne „eigentlich“ daselbe zu tun! —

Neu Krankenhäuser, dann Museen!

In der Bauhner Stadtverordnetenversammlung kam es dieser Tage zu einer eingehenden Debatte über die Verwendung der Grenzlandspende, die die Stadt Bauken in Höhe von 200.000 Mark zum Zwecke der Erweiterung des Bauhner Stadtmuseums erhält. Die sozialdemokratische Fraktion vertritt den Standpunkt, daß alles getan werden müsse, um diese Summe für einen anderen Zweck, und zwar für den Erweiterungsbau des Krankenhauses, frei zu bekommen. Im Sinne dieses Standpunktes wurde einstimmig ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der dahin geht, nach Möglichkeit die Spende zum Krankenhausbau zu verwenden, andernfalls den Krankenhausbau zu fördern, das er vor dem Museumsbau in Angriff genommen werden kann.

Es ist zu hoffen, daß es noch gelingt, die 200.000 Mark dem Zwecke der Erweiterung des Krankenhauses, das heute in unerträglicher Weise überfüllt ist, zuzuführen.

Unter Wanzerkreuz

Am Elbuefer bei Königstein wurde am Sonntag unter außerordentlich starker Anteilnahme von jung und alt, sowie von Vertretern der verschiedensten Behörden und Verbände, die erste sächsische schwimmende Jugendherberge, die den Namen „Sachsen“ trägt, eingeweiht. Die schwimmende Jugendherberge, die auf einem alten Elbflöß untergebracht ist, macht innerlich und außen einen geschmackvollen und lauberen Eindruck. Sie wird den Jugend- und Kindergruppen auf ihren Wanderungen durch das Elbtal und die Sächsische Schweiz eine willkommene Heimstätte sein.

Die Einteilung des Schiffes ist folgende: Das Schiff hat eine Gesamtlänge von 58,5 Meter und in der Mitte eine Breite von 7,5 Meter. In jeder der beiden Längsseiten befindet sich ein Eingang. In der Mitte ist der geräumige Laderaum mit einladenden Bänken und Tischen. Im Vorderende (Bug) befindet sich der

Sodann tritt etwas ein, was den Frieden unseres Pferdebegräbnisses restlos zu vernichten droht. Ueber uns dreien, die wir eben versunken und über für sich dem Brot und dem Kaffee zusprechen — die letzte Packung Zwiebad aus Montcornet, die Albring mit mir teilt, nicht gerechnet — über dem einen, der drunter in der Grube hockt, über den zweiten, die ihre Beine hineinbaumeln lassen, über dem armen, verreckten, kintenden Mutschameraden — erhebt der Schatten eines mittelgroßen Teufels.

Unsere ersten Gedanken gehen einen unendlich klebrigen Weg und kommen nicht zum Fleck. Inzwischen sehen wir den Kieselumriß dieses Geschöpfes von der schrägen Sonne dingselt gemacht werden, worauf kein Zweifel mehr bestehen kann: es ist Zutschky, der Ausbildungsunteroffizier aus Oldenburg. Er ist es — ich zerbröckle meine Brotkruste zwischen den Fingern — ich sehe deutlich den kleinen zweifelligen schwarzen Bart unter der gräßlichen Geiernase. Seine Backen sind rauchgeschwärzt, doch das mag auch ein wochenalter Bart sein. Aber wie kommt es nur, daß ihm der Schweiß wie Quecksilber unter den Augen herausrinnt?

Das ist doch Har, Suhren, er ist so schwer besaßt! Er kommt eben von der Station, geradezu von der Heimat, aus der roten Kaserne von Oldenburg, wo er so schön hinpähte. Man hat ihn zur Front geschickt.

Man hören wir aus der getürmten, geballten Zutschkywolke über uns die wohlbestimmte Zutschkystimme und verharren in der Erwartung. Ich luche meine Brotkruste wieder und wische den Schmutz herunter. Der Misch liegt regungslos erhaben im Tode, die Mähne in der aufgetrockneten Erde verstrickt. Da jagt Albring tarz und fiederlich:

„Werte Kompanie.“

Ich sehe meinen Kameraden an, er blickt finstler geradeaus, die Augen halb zugekniffen, und seine spitze Nase ist ganz weiß. Ich sehe zur Seite auf Hahn, der hier mit einem Ausdruck von Gräßel zu dem Unteroffizier empor, erhebt sich dann und nimmt eine dienliche Haltung an. Zutschky, der sich breitbeinig jenseits des Misch aufbaut, das Gewehr hinter sich stellt und den Tornister auf dessen Mündung ruhen läßt, wendet sich mit seiner nächsten Frage an Hahn. Albring aber stößt sofort die Antwort. Er sagt aus seiner Grube:

„Geradeaus im Birkenwald.“

„Wieder Birkenwald?“ fragt der Zutschky in strengem Ton weiter, unentwegt Hahn anblickend, der vergeblich nach Worten sucht. Albring meint nachlässig:

„Na, das werden Sie schon finden, so wie Sie gebaut sind.“

Mädchenkloster mit 36 Betten, außerdem die Führkabine, die Aborte, der Wasdraum, die Küche und der Verwalteraum, im Hinterende (Heck) der Kurierskloster mit 45 Betten, Führkabine, Aborten und Wasdraum. Alle Innenräume sind mit Holz verkleidet und farbig lackiert. Das Schiff hat getrennte Wasserleitung für Trink- und Waschwasser. Das Deck ist als große freie Fläche gehalten. Längs der Reeling sind Klappbänke angebracht, im Mitteldeck stehen an den vorderen Längs- und über denselben spannt sich das Sonnenjagel.

Weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten

Auch in diesem Monat erweisen die amtlichen Indizes eine weitere, erhebliche Verzerrung der Lebensbedingungen. Nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes beträgt die sächsische Gesamtindexzahl der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Körperpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt des Monats August 157,4 gegenüber 155,9 im Monat Juli (Kriegszeit gleich 100). Im August 1924 betrug die Indexzahl 131,1, im August 1925 145,8, im August 1926 145,3 und im August 1927 148,1.

Seine 40. Bestrafung

Ein unverheirateter Betrüger stand in der Person des 1875 zu Leipzig geborenen, bereits 39 Mal vorbestraften Händlers Albert Bernhard Marcus vor dem Amtsgericht Dresden. Der Angeklagte, der schon erhebliche Zuchthausstrafen erlitten, prestete erneut einen alten Privatmann um 500 Mark unter der unwahren Angabe, er könne ein gutes Uhrengeschäft damit abwickeln. Der Privatmann, der sich das Geld erst geborgt hatte, sollte 500 Mark zurückerhalten. Marcus wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Pirna, Schwere Motorrad-Unfall. Ein Kraftfahrer, der mit einem neunzehnjährigen Mädchen aus Zinnwald eine Motorradfahrt nach der Sächsischen Schweiz unternommen hatte, fuhr bei Pirna gegen einen Baum. Dabei stürzte seine Begleiterin so unglücklich, daß sie sich neben einem Schädel, einem Ober- und einem Unterschenkelbruch noch eine schwere Gehirnerschütterung zuzog, während der Mann mit einigen Verstauchungen davonkam. Das Mädchen wurde sofort in das Pirnaer Krankenhaus eingeliefert, wo es bald darauf starb.

Walzenburg i. Sa. Ein Kraftomnibus umgestürzt! Auf der Fahrt von Chemnitz nach Waltershausen kippte ein vom Verkehr geleiteter Kraftomnibus, der mit achtzehn Ausflüglern besetzt war, am „berühmten“ Callenberg Berg um, da die Bremsen des Wagens nicht zu halten vermochten. Sämtliche Insassen erlitten Verletzungen; drei Mann wurden schwer verwundet. Der Omnibus ging völlig in Trümmer. Eine Kolonne Arbeiter ersamte die Leichen der Verunglückten die erste Hilfe und betete sie in einer benachbarten Feldscheune auf Stro.

Eibenstock, Zerfall der Rechtsmehrheit! Im hiesigen Stadtverordnetenkollegium stehen acht sozialistische Vertreter zwölf bürgerliche gegenüber, die aber schon lange keine Einheitsfront mehr bilden und jetzt endgültig auseinandergefallen sind. Schon bei der Bürgermeisterwahl hatten vier Abgeordnete der „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ für den sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Zeidler, gestimmt und so den reaktionären Aspiranten durchfallen lassen! Als nun aus Verger darüber der bürgerliche Stadtverordnetenvorsteher Dr. Schreiber sein Amt niederlegte, gab es erst lange und heftige Auseinandersetzungen im Kollegium, worauf der Sozialdemokrat Fritz Anger zum Vorsteher gewählt wurde. — Solche „Rechtsmehrheiten“ kann man sich gefallenen lassen! Die bürgerliche Presse ist natürlich höchlich betäubt über „diese unerquicklichen Zustände“.

Johanngeorgenstadt. In die Eisbänge gestürzt. Bei einem Ausflug nach dem Plattenberg stürzte ein aus Crimmitschau stammender Mann, der in Begleitung mehrerer Freunde und ihrer Frauen dem eingefallenen Bergwerk am Osthang einen Besuch abstattete, in den oberen Teil des engen, eingelenkten Stollens, die sogenannte Eisbänge. Er konnte er schnell langen Bemühungen angefeht und herausgezogen werden. Mit schweren Verletzungen wurde er nach Johanngeorgenstadt übergeführt.

Schnarrtanne bei Auerbach i. B. Großes Schadenfeuer. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend geriet auf bislang ungeklärte Weise eine Scheune im Ortsteil Hahnenhäuser in Brand. Das Feuer griff rasch auf das daneben stehende Wohngebäude und die Stallungen sowie auf ein Nachbargrundstück über. Die mit anerkennenswerter Beschleunigung herbeigeeilten Feuerwehren machten sich infolge Wassermangels darauf beschränken, das Vieh zu retten und eine weiters Umfriederung des Brandes zu verhindern, was auch gelang. Beide Anwesen wurden vollkommen eingeeihert. Der Schaden ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

Soldat Suhren

36] Roman von Georg von der Bring
Copyright 1927 by J. K. Spang, Verlag, Berlin

„Weiß nicht, habe keinen gesehen, hatte auf einmal die Geschichte da weg und ging ab. — Aber sagt mal, wird nicht bald so eine Bahn ankommen?“

Da ich mich umsehe, wird im Norden über den Wälderrücken ein weißer Quaal sichtbar, der sich verflücht. Es ist ein Zug. Der Wälderrücken stellt sich vorsichtig auf die Beine und läuft in Richtung zur Station davon, die Stadtröhre in der Hand. Wir machen keine Pause, würden aber gern mitrennen, mitpringen, mithüpfen, mit-schweben ins Loch des großen Fehltages.

Trübselig und mit neidischen Gedanken an den Maurer sehen wir den Zug herankommen und halten. Es stehen Geschüge darauf, die mit Tuchbahnen überzogen sind. Wieder gibt's neben einem Janz, denn Hahn will schon auf diese Entfernung von mehreren hundert Metern erkennen können, daß es die Oldenburger Artillerie ist. Niemand widerstreitet ihm, trotzdem es offener Unsinn ist, denn die Oldenburger Artillerie ist längst vorn. Hahn kann wohl Gedanken lesen; er fragt argwöhnisch:

„Denkt ihr, daß die Oldenburger schon vorn sind? — Das ist falsch, sie sind nicht vorn. Meinst du es, Albring?“

Albring meint es, er läßt sich verleiten, zu sagen:

„Ich höre es am Knall.“

„Ich denke, daß er jetzt bestimmt plagen wird. Aber nein — er hockt und lagert wichtig.“

„Diesmal magst du vielleicht recht haben. Aber die da auf dem Zug ist dann die Reservebatterie; ich kenne sie genau.“

Es wird geschwiegen. Der Wind hat blaue Streifen in die Wellenfelder gefegt, die Sonne sticht wie ein Insekt. Da dünkt uns das Gras tief genug, und wir beschließen, eine Pause einzulegen. Noch einmal in der Ferne wird die Gefahr eines Strettes herauf-beschworen, diesmal leider durch mich. Ich sage:

„Warum hast du die Erde in die Löcher geschmissen, Hahn?“

Das war doch verrückt.“

Albring aber, der die Feldflasche an den Lippen, im Grabe des Misch ist, beschließt:

„Nah den Mund, Suhren, jetzt wird gegessen. Hahn weiß schon, was er tut.“

„Nun wird eine Minute lang schweigend geseppelt.“

Volkskunde

Volkskunde gehört zur Kulturgeschichte und deshalb ist es sehr interessant, sich mit den alten Sitten, Gebräuchen, Volksmärchen und Kinderliedern zu beschäftigen, die heute besonders auf dem Lande noch weit verbreitet sind. Der Wissensdurstige darf nur nicht einfach nach dem ersten besten volkskundlichen Buch greifen, denn diese Bücher enthalten zwar eine Masse Material, das streng systematisch geordnet vorgetragen wird, sind aber in der Regel so trocken wissenschaftlich, daß sie nur dem Gelehrten Interesse abgewinnen können und jeder andere Leser sie nach den ersten paar Seiten gelangweilt beiseite legt. Das kürzlich bei Quelle und Meyer erschienene Buch über „Schlesische Volkskunde“ macht insofern eine Ausnahme, als hier der Stoff in erzählender Form gebracht wird; der Verfasser versucht es, ihn anschaulich und lebendig zu machen. Die Form allein kann uns aber noch nicht genügen, denn auch dieses Buch enthält im wesentlichen eine Fülle von Material; es macht größtenteils den Eindruck einer Kuriositätenammlung. Man fragt sich immer wieder, welches ist der Sinn, der Ursprung dieser Gebräuche? Der Verfasser gibt ebenfalls eine philologische Erklärung, er deutet einmal auf ihre Entstehung hin oder nimmt gar die Philosophie zu Hilfe, wie im Fall der Hoder-Gräber. Er meint, daß den Steinzeitmenschen schon das euseinische Geheimnis aufgegangen sei, d. h. die Idee der Unsterblichkeit. Das soll ganz & w u h l dadurch aufgedrückt worden sein, „daß man dem Toten die Lage des Kindes im Mutterleibe gegeben habe, — als solle er aus dem Schoße der großen Mutter Erde wiedergeboren werden“. Er stützt sich bei seinem Glauben auf die Annahme, daß die hodernde Stellung der Toten eine Nachahmung der natürlichen Schlafstellung sei. Erles schreibt dazu in seinem sehr lesenswerten kleinen Büchlein „Wie Gott erschaffen wurde“, daß keines Wissens diese Auffassung keinen einzigen ethnologischen Beweis für sich hat, und gibt eine andere, begründetere Erklärung, auf die wir noch kommen werden. Das ist überhaupt der Fehler aller volkskundlichen Literatur, daß in ihr die vergleichende Völkerkunde als Hilfswissenschaft keinen Platz gefunden hat, und dabei bringt uns erst die Kenntnis der Sitten bei den heute lebenden Völkern zum Verständnis der primitiven Rasse einer längst vergangenen Kultur, die sich bis in unsere Zeit vererbt haben. Statt aber mit Hilfe der vergleichenden Völkerkunde und der materialistischen Geschichtsauffassung die Volkskunde zu durchforschen, wird viel mühselig und gar über das Volkstum geredet. Beudert meint sogar tiefsinnig: „Denn irgendwo muß es im Blute liegen; wie wäre es sonst möglich, daß heute, wo wir's so herrlich weit gebracht haben, noch immer solche Dinge gelehrt werden.“ Wer das Dorfleben und vor allem die Dorfschule kennt, weiß, daß wir es da eben noch nicht herrlich weit gebracht haben. Die Bauernkinder lernen kaum Lesen und Schreiben. Mit den Ergebnissen der Naturwissenschaften werden sie oft nicht einmal oberflächlich bekanntgemacht; dafür müssen sie die Bibel und den Katechismus um so gründlicher auswendig lernen. Nun ist die Bibel selbst ein Buch voll von Mythen, Wunder- und Zauber- geschichten, die ihren Ursprung in ganz derselben Periode der Menschheitsgeschichte haben, aus der auch viele unserer Volkssitten und -Bräuche kommen. Denken wir dann noch an das von Wundt aufgestellte Gesetz der Völkerpsychologie, welches besagt, daß gerade das Primitivste am längsten lebendig bleibt; weil es am tiefsten einverwurzelt ist, dann haben wir einleuchtendere Erklärungen für volkskundliche Tatsachen und brauchen dem Blute keine materialistischen Eigenschaften anzuhängen.

Volkskunde zu treiben hat nur einen Sinn, wenn wir mit ihrer Hilfe unsere Umwelt besser verstehen lernen. In diesem Verständnis führen die meisten volkskundlichen Werke oder nicht. Da hören wir etwa vom Sommerfesten zu Ostern. Das ist eine in Deutschland sehr weit verbreitete Sitte, und wie so oft, ist es auch hier die Kinder, die das Erbe grauer Vorzeit der völligen Vergessenheit entreißen. Sie bekommen „Schmackdornen“ oder machen sich auch selbst welche aus Weidenruten. Die Ruten werden mit bunten Papierstreifen umwunden und an der Spitze mit Papierrosen und bunten Bändern versehen. Mit dieser Schmackdornen sehen sie nun in Gruppen „Jummern“, was gewöhnlich auf ein Weitelein bei den reichen Bauern hinausläuft; sind es doch meist arme Hüttenkinder, die da im Bauernhofs eins der vielen Sommerlieder singen, etwa:

Herr X... lüht uf dr Uwenbant,
a haot a Gelsack ef dr Hand.
U wird sich wull bedenken,
und wird er wull wos schenten??!

Wir mag das „Summern“ entstanden sein? Wir können es erraten, wenn wir die Schilderung eines anderen Brauches sehen. Leuders erzählt, daß sich ein Sommerfest am Ostermontag zur Frühroste wird, die Lebenskraft und Fruchtbarkeit überträgt, und daß in einigen Orten Schlesiens junge Burschen mit geschmückten Weidenruten früh in die Schlafkammern der Mädchen gehen und sie aus dem Bette peitschen. „Schmackdornen heißen nämlich die Gerten vom polnischen Imigac — peitschen. Diese für uns nicht mehr etwas weiteres verständlichen Gebräuche sind nur mit Hilfe der vergleichenden Völkerkunde zu erklären. Ihre Wurzeln liegen in uralten Zeiten, in der Epoche des allgemeinen Götterglaubens und Götterkultes. Die Menschen kannten damals noch nicht den Zusammenhang von Geschlechtsverehrung und Empfängnis und glaubten von Tieren, Pflanzen oder gar Felsen abzustammen. Man war also überzeugt, daß Pflanzen die Frauen befruchten könnten. Auch als man die Zeugungsvorgänge kennenlernte, hat man den alten Glauben noch nicht ganz aufgegeben und meinte, daß die Berührung bestimmter Pflanzen — in unserem Beispiele des Weizens mit Weidenruten — mindestens fruchtbar mache. Aus dem gleichen Grunde sollen früher junge Mädchen Brotkränze gegessen haben, um viele Kinder, besonders Knaben, zu gebären. Heute, wo auch bei der Landbevölkerung Kinderreichtum nicht mehr als Sagen empfunden wird, werden diese Fruchtbarkeitszauber kaum noch bewahrt geliebt und getreten immer mehr in Vergessenheit.

Ganz besonders zahlreich und verbreitet ist der Seelenglaube, der vor allem bei Todesfällen in Erscheinung tritt. Der primitive Mensch kannte den Begriff des Todes nicht, er sah nur, daß sich der lebende Körper durch bestimmte Merkmale vom toten unterschied. Beudert berichtet, daß man das Seelen des Feniters in Dohrenfurth — einem kleinen Ort an der Ober in der Nähe Breslans — einmal vergessen und am nächsten Tage eine weiße Rauchwolke, die Seele des Toten, in der Stube fand. Die Seele meldet den Tod auch an, sie macht gleichsam einen Abschiedsbesuch. Daher der Glaube, daß es am Abend vor dem Tode im Hause wimmert oder das Klagenmütterchen erscheint, daß der Schatten des Todesandidaten am Silbächer keinen Kopf zeigt, aber daß er überhaupt keinen Schatten hat. Aus Chamisso's Erzählung vom Peter Schlemihl, der seinen Schatten verkauft, ist so allgemein bekannt, daß der Schatten mit der Seele des Menschen identifiziert worden ist. Man hält also die Seele für den schattenhaften Doppelpänger jedes Menschen.

Die primitiven Menschen glaubten und glauben noch heute, daß die Toten wiederkommen können, besonders, wenn sie gewaltsam vom Leben zum Tode gebracht worden sind. Durch die verschiedensten Begräbnis- und Trauerbräuche soll das verhindert werden. Es ist die Angst vor der Rache des Toten, aus der man seinen Körper ver-

himmelte, ihn verbrannte, in die Erde vergrub und mit einem schweren Stein bedeckte (der heutige Grabstein ist eine Erinnerung daran) oder ihn als „Hoder“ beiseite, d. h. dem Toten wurden die Glieder fest zusammengeknüpft, so daß er in hodernder Stellung im Grabe liegt. Aus der primitiven Einstellung des Menschen zum Tode lassen sich alle Trauerbräuche erklären. Auch heute noch haften dem Toten etwas Unheimliches, Schauerliches an und auf dem Lande vermeidet man es möglichst, an einem einsamen Friedhofe nachts vorbeizugehen.

Neben diesen Überresten aus der Epoche des Animismus, in der man sich die gesamte Natur belebt und beseelt vorstellte, finden sich sogar noch präanimistische Vorstellungen, d. h. Vorstellungen, die (nach Breuk) der primitivsten Kulturstufe, der des Zauber- glaubens, angehören. Da ist in der „Schlesischen Volkskunde“ von einem Bildzauber die Rede. Ein Mädchen will sich an ihrem untreuen Liebhaber rächen und macht das folgende Zaubermittel: um Mitternacht steht sie dreimal in eine geweihte Kerze und spricht: „Ich räche mich, ich steche dich, Gott strafe dich am Herzen.“ Der Betroffene soll dabei bittere Qualen ausstehen. Auf ganz die gleiche Art tötet der Primitiv eine seinen Feind. Bei den Natur- völkern sorgen Zufall und Suggestion dafür, daß der Zauber nicht wirkungslos zu sein scheint, denn diese Menschen glauben festesetzt, durch gewisse magische Handlungen und Riten ihre Mitmenschen und die gesamte Außenwelt beeinflussen und ihren Zwecken dienlich machen zu können. Außer der erwähnten Zaubersprüche gibt es noch viele andere, die besonders in Krankheitsfällen angewandt werden. Man „bespricht“ die Krankheit, indem man eine Zaubersprüche herlegt und dabei die kranken Glieder bestrichelt. Diese Heilmethode findet vor allem beim Vieh Verwendung, aber noch häufig genug auch bei Menschen. Da sind es viele der beliebtesten „Hausmittel“, die von alten Zauber-Praktiken herrühren.

Aber nicht nur auf uralte religiöse Vorstellungen stoßen wir bei der Durchforschung heutiger Volkssitten und -Bräuche, sie geben auch Aufschluß über die Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse früherer Epochen. So erinnern die Hochzeiten in der Regel an die Zeiten des Fraueraubes und Frauenkaufes. Andere Gebräuche deuten darauf hin, daß sie entweder bei Ackerbauern oder bei Jägern und Hirtenvölkern entstanden sind. Aus diesen wenigen Beispielen sehen wir, daß uns die Volkskunde mit der Volkswunde beständig in große Vorzeit zurückführt. Die Kenntnis des wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens unserer Vorfahren, die uns die Volkskunde verschafft, bringt uns erst zum vollen Verständnis der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit.

Kleine Chronik

Prinzenerziehung mit Musik.

Lehars letzte Operette „Der Zarowitz“ klingelt um ein Text- buch, dessen Lesenshaftigkeit wieder einmal bezeugt, daß die Wiener Operette hoffnungslos daneben liegt. Die Leute, denen so was noch gefallen kann, müssen gleichermäßen hoffnungslos Gegenstände sein, von keinem frischen Hauche neuen Geistes je berührt. Das ein Muster vom Range Lehars solche Stoffe zu verarbeiten fähig ist, beweist leider, daß auch er im Jahre 1889 stehen geblieben ist. Man sollte: Der russische Thronerbe hat keine Rettung für das weltliche Geschlecht. Der fürsorgliche Ministerpräsident läßt eine Balletttruppe als Lehrleistungsklasse verteilen und buchstet sie dem tugend- haften Prinzen aufs Zimmer. Als die Kade fällt, rührt den Prinzen zuerst der Schlag und dann die Liebe. Im zweiten Akt ist das Verhältnis in vollem Gange. Der großfürstliche Oheim drückt dem Prinzen seine Anerkennung aus: „Champagner, Taus, Frauen — so gefällt du mir!“ Dann geht es so weiter, wie wir es schon in einem Duzend älterer Operetten begäht haben. Der Prinz soll heiraten, und weil er nicht von seinem Flämmchen lassen will, macht sich das edle Kaisergeschöpf schlechter als es ist. Darauf er: „Dirne!“ Sonja läßt zusammen. „Durch wieder Hände bist du gegangen?“ Sie versichert ihm das Gegenteil. „Du hast noch keinem Manne gehört?“ Sie schwört es bei der heiligen Mutter von Kasan. Da fliehen sie munter nach Neapel, um dort einen dritten Akt herzustellen. Sie werden entdeckt, der Großfürst beschwört den allzu tüchtigen Liebeskinder durch eine Regimentsabordnung zur Rückkehr, weil der Jar zu sterben geruht. „Es handelt sich um das Wohl und Wehe eines ganzen Volkes.“ (Hierbei blies der Zuschauerstrom lauterst.) Unter Zarowitz will es wieder nicht lassen, Sonja aber weilt ihn auf den Weg der Pflicht. Allein und gebrochen bleibt sie unter dem Belloff der Jüdherrin zurück, den Segen des russischen Volkes auf ihrem Schmel, während der neue Jar mit Militärmusik seiner schweren Aufgabe entgegensteht. Somo nennt sich ein Libretto von 1928. Behar ist dazu nichts Besonderes eingefallen, er hat anständig in seiner alten Weise operettenhaft und nicht reue- mäßig komponiert, aber übermäßig süßlich und, dem Textbuch entsprechend, fast ohne Lustigkeit.

Diese lade Rimonde auslaufen zu lassen, brauchte man im Neuen Operettentheater fast vier Stunden, weil eine alberne Claque beim beschleunigten Witzwort hörte und übermäßig viel Wiederholungen erzwang. Im übrigen war auf die Ausstattung mehr Sorgfalt verwendet als wir gewohnt sind. Das Orchester spielte einformig und erfüllte bei weitem nicht alle Forderungen der Partitur. Die Nebenrollen waren zureichend mit den bekannten Kräf- ten besetzt. Sonja, die Prinzenerzieherin, wurde von Clotilde Bauer hübsch gelungen. Darstellung und Sprechdialog gab ihr noch immer rührend unbeholfen. Den Zarowitz gab Hans Heinz Bollmann als Gast. Im Gesang mit seiner schönen Stimme ein Wohlfallen, im Spiel so langweilig wie das Stück. Wie ich die vier Stunden ausgehalten habe, das verdient hohe Anerkennung für tapferes Aushalten vor dem Feinde.

Professurliches Kabarett. Wer seit Jahren auch in Leipzig die Veruche des Arbeiter-Theaterbundes, endlich einmal über das Spielen mit dem Verein hinauszukommen, beobachtet hat und gleich mir im großen ganzen immer enttäuscht war, der wird bei dem Kabarettabend der Ortsgruppe Leipzig- Zentrum einmal aufatmen haben. Hier wird endlich etwas Neues, hier kommt man voran, hier spürt man zum mindesten auf der Bühne nichts mehr von dem auch im Arbeiter-Theaterbund noch reichlich vorhandenen Claque- und Primadonnengeist. Und sogar die Langweiligkeit und die Langeweile (die sich auf dem vorher- gehenden Abend der Gruppe noch katastrophal bemerkbar machten) sind überwunden. Noch geht es nicht ohne Vorbild: die „Blauen Blüten“. Aber schon hat mit Leipziger Lokalgeist, Leipziger Witz und auch ein bißchen Leipziger Weisheitsgefühl durchstrahlt. Tut nichts. Wenn diese jungen Menschen nicht loder lassen, wenn sie in unablässiger Arbeit die Bretterroutinen bekommen, dann bringen sie der Leipziger Arbeiterkate ein Werkzeug der Aufklärung von großer Wir- kung. Ohne literarische Ambitionen, ohne insiditischen Amüßigkeit wird hier durchgehend die geistige Ausrüstung des Werkstätigen berücksichtigt. Und darum besteht Verbundenheit zwischen Bühne und Auditorium. Und die Unständigkeit, die den mörderischen Bruderkampf der Arbeiterkate ausschaltet, lasse man sich auch in Zukunft nicht nehmen, selbst wenn Heißspornen aus dem Saale das nicht gefallen sollte. Von der Arbeiterbühne aus steht der Feind rechts. Das Programm: Selbstkritik des Arbeiters, Ironisierung der Kleinbürgerlich-idiotischen Blüten am Baume der Gelbesch- schaft. Hier überwältigend eine Parodie auf die Heilsarmee. Recht lo! Macht sie lächerlich, diese Eumachen zwischen den Klassen. (Das Programm muß immer wechseln, darum hier einige Tips: der „Prinzenerzieher“ der Werkstoff, überhup der geibe Arbeiter.) Aber nicht allzusehr fortifizieren, da diese Zeitgenossen schon

real durch ihre Existenz komisch wirken. Einzelne nicht befriedigende Nummer: Die Klatschbabe. Entweder muß das aus überprüfender Begabung extemporiert werden, oder gut einstudiert. Es war keines von beiden. Aber im ganzen: Bravo! Bravo! hoch.

Ausstellung. Messebesucher seien darauf hingewiesen, daß die jüngste Akademieausstellung bis Donnerstag, den 30. August, täg- lich 9 bis 15 Uhr geöffnet sein wird. Die Ausstellung umfaßt außer Graphik, Buchkunst und Reproduktionstechnik, besonders die für die Reflektierten wichtigen Gebiete der angewandten Graphik in Plakaten, Radungen, Geschäftsmarken, Prospektien, sowie in K-zerlei Typographie zu Geschäftszwecken.

Neues Operettentheater: Heute Dienstag, gastiert Hans Heinz Bollmann von der Staatsoper in Berlin einmalig als „Paganini“ in Franz Lehars gleichnamiger Operette. — Am morgen Mittwoch, leht Bollmann sein Gastspiel in der Behar-Operette „Der Zarowitz“ fort.

Leipziger Filmchau

Der Film, in dem sich Konrad Weidt in seiner ersten amerikani- schen Großrolle vorstellt, ist unglauwbürlich in manchen Voraus- setzungen, aber er ist interessant und nicht ungeschickt aufgearbeit. Dieser seltsame Fall eines Arztes geht davon aus, daß ein Arzt, der unheilbare Kranke tötete, eingeleitet wird. Er ent- scheidet, praktiziert unter falschem Namen, erlebt phantastische Schick- sale. Die Tatsache, daß er sich verliert, läßt die Räuberromantik schließlich in dem Schluß eines Familiendramas auslaufen. Weidt ist nicht mehr so sehr Boteur wie früher in seinen deutlichen Filmen, sondern erscheint eher, männlicher. Ein neues Frauen- gesicht fällt auf, Barbara Bedford, nobel und geschmackvoll. (Königs- pavillon.)

Im Teufel im Sattel kämpft Ren Maguard gegen Schurken auf die bekannte Wildwestmanier, und es gibt viele kleine und große Kinder, die nicht müde werden, diese tausendmal ge- schriebenen und gebrehten Abenteuer, die verdammt wenig mit der Wirklichkeit zu tun haben, zu sehen. Die Phantastik frisst ihr eigenes, in der Logikfron müde gewordenes Blut etwas auf. Schön. Aber sie sollen sich hüten, das mehr als eine Sentenzen zu werten. In diesem Film hier wird zum Beispiel eine schwindelhafte Aufhebung zum Massenbau getrieben, indem man fröhlich platziert: „Es gibt auf der ganzen Welt keine größeren Salonten als die Nachkommen von Mischchen, die weder zu den Weichen, noch zu den Rothäuten ge- hören: Halbblut! Kein Plan ist gemein genug, keine Tat ist zu verworren, um nicht das Gauerer Gesicht eines Halbbluts ihm einzeln zu machen.“ Größere Salonten sind zum Beispiel die Filmhersteller, die den Massenbau und Massenbau künstlich schüren, um Geschäfte zu machen. Hl.

Die Kriegerziehung in der Schule

Paris, Ende August 1928.

Im Moment der Unterzeichnung des Kriegsgesetzungsabkommens müssen wir uns fragen, inwieweit der Kriegsgedanke in den fran- zösischen Schulen gelehrt und gepflegt wird, inwiefern also eine Aussicht dafür da ist, daß die kommende französische Generation von einer radikalen Kriegsbewegung durchdrungen ist.

Bei den Nationalisten Bayerns, besonders in den „Süddeut- schen Monatsheften“, wird so gern behauptet, in den französischen Schulen werde den Kindern der Haß gegen Deutschland beigebracht. In Millionen Exemplaren wurde in Bayern ein französisches Ge- dicht verbreitet, in dem es heißt, man müsse diesen elenden deut- schen Schweinen von unten nach oben den Bauch aufreißen, so daß die Erde von Leichen überflute: „Bravo, Soldaten! Das ist eine keine Arbeit!“ Auch die Grelle und die Kinder sollen dabei nicht gespart werden. — Dieses Gedicht-Buch wurde 1915 unter dem Titel: „Album des belles images et des belles histoires“ („Album schöner Bilder und schöner Geschichten“) in patriotischer Heftum- gung in 8000 Exemplaren herausgegeben. Davon wurden 1500 Exemplare 1918 eingestampft. Aber dieses Buch war — entgegen der Behauptung der bayrischen Nationalisten — niemals, in keiner Schule, offiziell eingeführt worden! Darüber hat schon die Fran- zösische Lehrergewerkschaft gewacht, die 80000 Anhänger zählt und die einen erbitterten Kampf um die Reinigung der französischen Schulbücher führt. Allein in den letzten zwei Jahren hat die Lehrergewerkschaft die Entfernung von 28 kriegsbuchstehen Schulbüchern verlangt, und trotz aller anfänglichen Sträubens der Verleger haben schließlich die Lehrer in den meisten Fällen mit ihrem Wunsch durchbringen können. Die französische Lehr- gewerkschaft ist eine der 18 europäischen Organisationen, die sich 1926 zum Internationalen Verband der Lehrereinigungen zu- sammenschlossen und die zusammen 600000 friedensfreundliche Lehrer zählen. Zu Ostern dieses Jahres hatten sie ihren ersten Kongreß in Berlin, „damit daran gearbeitet werde, daß alle Lehrer entschie- den für den Frieden wirken“.

Die Lehrergewerkschaft ist der französischen Beamtengewerks- chaft angeschlossen, die ihrerseits zum großen französischen Gewerkschaftsbund gehört. Noch 1923 ließ Poincaré die Beamtengewerks- chaft vollständig verfolgen, noch in diesem Jahr hat Poincaré in seiner letzten Ministererklärung von der Gefahr gesprochen, die darin bestehe, daß die Lehrer politisch eingestellt sind, derselbe Poincaré, der auf seinem Landtag zu Compigny den Schülern dieses Ortes kürzlich in einer Ansprache sagte: „Wenn ihr euch um die Mensch- heit Verdienste erwerben wollt, müßt ihr damit beginnen, euch um Frankreich Verdienste zu erwerben.“ Wie ganz anders klingen gegenüber dieser Engstirnigkeit die Worte, die Anfangs d. W. in Rennes bei dem Kongreß der Lehrergewerkschaft von dem Verich- terter wurde über die Schulbuchfrage, der ein ganzer Kongreßtag gewidmet wurde, gesprochen wurden: „Wir wollen nichts von einem Geschäfts- patriotismus wissen. Wir überlassen das Leben der Kinder, die uns anvertraut sind, nicht den Gellisten derer, die sich hinter ihrem Geldsack verstecken. Überall fühlen wir das Bedürfnis eines Kampfes gegen den Krieg. Wir wollen eine enge Verbindung mit den deutschen Lehrern herstellen, um gemeinsam den Frieden zu stärken. Wie froh wären wir, wenn die 800 Millionen, die vom Kriegsministerium verschwendet werden, lieber für den Unterricht ausgegeben würden!“ So hat die französische Lehrergewerkschaft auch als Hauptthema für ihren nächstjährigen Kongreß dasselbe festgelegt wie der Deutsche Lehrerverein, nämlich: „Die Schule im Dienste der Völkerverständigung.“ Sie hat ferner beschlossen, im Oktober dieses Jahres eine große Propaganda für ihre Ideen unter allen französischen Lehrern zu machen. Aber sie merkt sich in gleicher Schärfe auch gegen links, gegen die kommunistischen Ver- treter. „Du gehörst zu uns, Arbeiterkind. Du kommst mit maß- loseem Haß im Herzen, unsere Finger bluten. Du bist hinter uns. Steh fest und schlage doppelt auf! Ja, wir stehen offen, wir müssen den Aufruhr in die Schulen pflanzen, wir müssen eine Generation des Hasses schaffen. Dieser Instinkte Haß, der sich im Herzen des Kindes entwickelt haben muß, muß dann später beim erwachsenen Menschen ausbrechen“, heißt es in der Zeitschrift der kommunistischen Lehrer. „Solche Erziehung zum Kriege machen wir nicht mit!“ schreibt darüber Glad, der Vorsitzende der Lehr- gewerkschaft, im „Deunre“ vom 28. August. — Die Lehrergewerks- chaft hat auf ihrem letzten Kongreß folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Lehrergewerkschaft ist stolz auf die Resultate, die sie in den letzten zwei Jahren bei ihrem Kampf gegen die militärischen Schulbücher erzielt hat und beschließt, diesen Kampf in die Verrechnungskommissionen der Kantone und Departements fort- zusetzen. Als Mittel dazu empfiehlt sie den Boykott aller mili- tärischen Schulbücher.“ Das ist ein völliges Abdrücken der fran- zösischen Lehrer vom Kriegsgelb. Kurt Lena.

* M. E. Beudert: Schlesische Volkskunde. Quelle u. Meyer, Leipzig, 1928. Preis 8 Mk.



Wadenkratz in St. Georg

Vor mehreren Wochen wurde hier unter dem Titel „Nur ein Betriebsunfall“ über den Unfall eines jungverheirateten Arbeiters geschrieben...

Beide Füße... Dieser Umstand bezeugt, daß der zweifelhafteste aller Glückszustände, nämlich der des interessanten Falles im klinischen Sinne, draußen in St. Georg das Schmerzensobiett dieses im Namen der Betriebsparasiten Verunglückten noch immer umlagert...

Da draußen liegt ein junger Arbeiter mit verbrannten Füßen. Sie haben ihm beide Füße erhalten, nur eine Zehe amputiert und irgenwos in den am stärksten verflümmelten Fuß verpflanzt, um sie dann wieder abfallen zu lassen und den Rest den — Waden zu übergeben...

Wie man das erfährt? Hintenherum natürlich! Der behandelnde Arzt ist in den Ferien. Er babet vielleicht im klaren Wasser der Ostsee oder bräunt sich an Italiens Sonne, während sein Patient mit dem dumpfen, stinkenden Verband am Bein die carbolburchsäuerte Luft eines Krankensaales...

Und —? O nein, er macht keinen Lärm. Er widelt den Verband wieder zu und schweigt. Schweigt, bis eine Angehörige von ihm kommt, der er das Entschuldigste zuflüstert. Und dann bittet er sie, „es nicht an die große Glocke zu hängen“.

Und die Waden wühlten weiter. Nicht an die große Glocke hängen — hierin offenbart sich die ganze Niedrigkeit unserer durch falsche Angst und Heilmittelkeiten gestützten Gesellschaftsordnung.

Du aber, Arbeitsgenosse, dem man in St. Georg nun die zweite Hälfte bereitet, bist auch in dieser Abgeschiedenheit — ob du willst oder nicht — ein Teil deiner Klasse, der Arbeiterschaft. Sie hat ein moralisches Recht auf dein „Geheimnis“...

Deshalb an die große Glocke gehängt: Waden in St. Georg! Lucifer.

Ein neues Gasfernverorgungs-Unternehmen

R. M. Die Bemühungen, wegen der Gasfernversorgung zu einer Einigung zu kommen, sind nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten erfolgreich gewesen. Unter Beteiligung der Stadt Leipzig soll ein gemischt-wirtschaftliches Gasfernverorgungsunternehmen...

Da die kommunistische Presse bereits wieder das übliche dumme Geschrei über „Verschönerung kommunaler Betriebe an das Großkapital“ lossetzt, erscheint eine absolut objektive, auf amtliche Unterlagen gestützte Darstellung der Vorgänge am Platze.

Am die Mitte des vorigen Jahres richtete die Stadt Halle an die Provinzialverwaltung von Sachsen das Ersuchen, einem Gasfernverorgungsunternehmen, das in der Hauptsache einem Zusammenschluß der Deutschen Continental-Gasgesellschaft (DCG)...

Am die Mitte des vorigen Jahres richtete die Stadt Halle an die Provinzialverwaltung von Sachsen das Ersuchen, einem Gasfernverorgungsunternehmen, das in der Hauptsache einem Zusammenschluß der Deutschen Continental-Gasgesellschaft (DCG)...

Am die Mitte des vorigen Jahres richtete die Stadt Halle an die Provinzialverwaltung von Sachsen das Ersuchen, einem Gasfernverorgungsunternehmen, das in der Hauptsache einem Zusammenschluß der Deutschen Continental-Gasgesellschaft (DCG)...

Am die Mitte des vorigen Jahres richtete die Stadt Halle an die Provinzialverwaltung von Sachsen das Ersuchen, einem Gasfernverorgungsunternehmen, das in der Hauptsache einem Zusammenschluß der Deutschen Continental-Gasgesellschaft (DCG)...

Am die Mitte des vorigen Jahres richtete die Stadt Halle an die Provinzialverwaltung von Sachsen das Ersuchen, einem Gasfernverorgungsunternehmen, das in der Hauptsache einem Zusammenschluß der Deutschen Continental-Gasgesellschaft (DCG)...

Am die Mitte des vorigen Jahres richtete die Stadt Halle an die Provinzialverwaltung von Sachsen das Ersuchen, einem Gasfernverorgungsunternehmen, das in der Hauptsache einem Zusammenschluß der Deutschen Continental-Gasgesellschaft (DCG)...

Erlebnisse eines Wienerers in Leipzig

Die hier geschilderten Begebenheiten haben sich bereits vor einer Reihe von Jahren zugetragen. Damals war ich noch sehr jung, sowie zum erstenmal in meinem Leben in der Fremde. Zu jener Zeit glaubte man vielfach noch, daß die berühmte „Wiener Gemütslichkeit“ sich über alle Klassenunterschiede hinwegzusetzen vermöge...

Wer vermog mit mir jene Freuden zu empfinden, als ich gleich auf meinem ersten Rundgange durch die Stadt am Johannisplatz zwei Gestalten erblickte, deren Anblick mein heimwehkrankes Wienerherz schneller schlagen ließ. Die Zweie, die da herumstrichen, das waren, wenn auch etwas entfernte Landsleute, Tiroler, das sah man sofort an ihrer Tracht...

Und weiter zog ich durch die Stadt, ging über den Ring. Da plötzlich wurden meine Augen von einer Inschrift festgehalten, deren Inhalt von zauberlicher Wirkung auf mich war. „Wiener Cafe“...

Ganz vergeblich war aber der Besuch des Lokals doch nicht für mich gewesen, ich hatte mir das Adressbuch geben lassen und aus diesem die Adresse des „Oesterreichischen Vaterlandshelms“ ermittelt. Ich erfuhr, daß es dortin gar nicht weit sei und beschloß, mich hinzubegeben.

Bald hatte ich denn auch das Haus erreicht, dessen Mauern jene Räume bargen, die meine teuren Landsleute nachdes Tages Mühs und Plage zu gefelligem Beisammensein bereiten. Dunkel war es im Vorhause, doch das schreckte mich nicht, ich erkletterte eine Treppe, die mich ein wenig heimlich anmutete...

Unter Berücksichtigung dieser und anderer für Leipzig unwesentlicher Vereinbarungen ist der Gesellschaftsvertrag aufgestellt worden. Die für die Gründung in Aussicht genommenen Gesellschaftler haben dem Vertragsentwurf zugestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in Kürze mit der geplanten Gründung beschäftigen. Ist die Zustimmung erfolgt, wird unmittelbar darauf der Vertrag von der Stadt Leipzig unterzeichnet werden.

Verkürzte Klassenzüge an den Berufsschulen

An den städtischen Berufsschulen bestehen zur Zeit folgende Arten verkürzter Klassenzüge — Volksschulen —, die von Ostern 1928 ab weitergeführt werden sollen und deren Zahl vorbehaltlich der Genehmigung der städtischen Körperschaften und des Ministeriums für Volksbildung bei Bedarf erhöht werden soll:

- an der I. Knabenberufsschule (Vöhrstraße 26) für das Nahrungsmittelgewerbe,
an der II. Knabenberufsschule (Schletterstraße 10) für Kaufleute,
an der Mädchenberufsschule Zentralschule (Hohe Straße 45) für Kontoristinnen, Damenkleidermacherinnen, Verkäuferinnen, Putzmaschinen, Weißnäherinnen,
an den Mädchenberufsschulen Ost (Stephaniplatz 1/2), West (Amalienstraße 10), Nord (Eisbethstraße 1) und Süd (Herderstraße 8) für Hauswirtschaft.

Außerdem besteht an der IV. Knabenberufsschule (Merseburger Straße 58/59) ein dreijähriger Lehrgang für Bauhandwerker mit je 9 Wochenstunden im ersten Schuljahre, im ersten Halbjahre des zweiten Schuljahres und im dritten Schuljahre und mit 27 Wochenstunden im zweiten Halbjahre des zweiten Schuljahres.

Anmeldungen für diese Klassenzüge nehmen die Schulleitungen bis zum 5. September 1928 entgegen. Nach diesem Zeitpunkte können Anmeldungen nicht mehr angenommen werden. Eine Gewähr für die Aufnahme der angemeldeten Schüler kann nicht übernommen werden. Es werden nur befähigte Schüler aufgenommen. Bei der endgültigen Aufnahme wird ein Ausleseverfahren angewendet, das neben Deutsch und Rechnen auf den besonderen Anforderungen der Fachrichtungen basiert. Die Aufnahme von Schülern, die nicht in Leipzig berufspflichtig sind, kann nicht zugelassen werden, da in erster Linie hiesige Schüler berücksichtigt werden müssen.

(Wein-)Setzen. Ich trat ein und sah mich um. Das heißt, ich wollte mich umsehen, konnte es aber nicht. „Ganz schlecht, wie auf der Axt“, sagte ich zu mir selbst. Dichte Wolken machten jeden Ausblick unmöglich, aber diese Wolken waren von anderer Beschaffenheit, als jene, die auf unsern Bergespitzen lagern. Sie entwickelten nämlich Tabakgeruch, mit der Zeit entpuppten sie sich auch wirklich als Rauchschwaden. Ich war ganz unzweifelhaft in ein osteuropäisches oder aber zumindest galizianisches Vaterlandshelms geraten. Soweit war ich gerade in meinen Betrachtungen gekommen, da riß mich das lebende Organ einer dicken Alten oder alten Dicken, ganz wie man will, aus meinen Gedanken. „Was wollne hier, Underschiedigung griechen auf'm Gonsulad un de Gällnerschädle is och schon besetzt!“, teilte sie mir in nicht gerade liebenswürdigem Tone mit. Meine schüchtern Entgegnung, daß ich Oesterreicher sei und meine freie Zeit gerne im Kreise meiner Landsleute verbringen wollte, nahm sie etwas ungläublich auf, denn sie schüttelte mehrmals bedenklich den Kopf, so daß ich schon Beschränkungen hegte, es könnte abfallen. Sei es, daß sie von selbst die Wendebewegungen einstellte, sei es, daß das Doppeltinn als Beemle wirkte, genug, das Haupt stand still und sie sagte, daß das ein Ding der Unmöglichkeit wäre, das Heim sei Eigentum eines Vereins, dessen Mitgliedschaft sich bloß aus ehrbaren „Bürgern“, meist schon längere Zeit in Leipzig ansässigen „Goosleiden“ zusammensetzte.

Niedergedrückt von den Mißersolgen des Tages, müde nach der langen Reise, suchte ich nun mein Quartier auf, wo ich mich zur Ruhe begab, um gleich einzuschlummern. Gestärkt erhob ich mich am nächsten Morgen und begann, meine Sachen in die Schränke zu tun. Dabei kam mir mein Paß, den ich seit der Grenzstation nicht mehr benötigt hatte, wieder in die Hand. Und howie ich ihn erblickte, kam mir ein ausgezeichneter Einfall. „Am oesterreichischen Konsulat werden sie es doch wissen müssen, wo hier die Oesterreicher zusammenkommen!“, dachte ich mir. Sofort ließ ich alles liegen und steh, verließ das Haus und fragte nach dem Konsulat. Ich fand das Haus, aber die Amtsräume verschlossen. Es war nämlich erst neun Uhr und eine Tafel beschriftete mich, daß die Herren Beamten erst ab zehn Uhr zu sprechen seien. Ich hummelte noch ein wenig durch die Stadt und lehrte um Viertel nach zehn wieder zurück. Das Amtskontor war noch immer geschlossen. „Das san oba guete Oesterreicher, wirklich woa, uma Bierl Oesta sans no net amol dal!“, frohlockte ich und ging gerne fort, in der freudigen Gewissheit, bald mit Landsleuten, wenn auch Beamten, zu sprechen und von ihnen den Zusammenkunftsort der anderen zu erfahren. Als ich dann nach einer Viertelstunde wiederkam, da konnte ich wirklich schon hinein. Ein Mann erhob sich von seinem Schreibtische und kam auf mich zu. Bevor er mich noch nach meinem Begehre fragen konnte, sprudelte ich hervor: „I wass scho, daß ma si net ombind muass, i wüll a nur frogn, wo eingit's de Oesterreicher hier's Vereinskafü ham!“ (Ich weiß schon, daß man sich nicht anmelden muß, ich will auch nur fragen, wo eigentlich die Oesterreicher hier das Vereinskafü haben!) Bebauend meinte die Gestalt: „Das gann ich Sie nu leid nich saahn, ich gomm mit ihnen brifat nich in Berührung, ich hab mit ihnen bloß amlich zu duhn!“ Der Mann war ein Sachse, der niemals einen Tropfen Donauwasser zu Gesicht bekommen hatte. Oesterreich war nämlich bloß durch ein Honorarkonsulat in Leipzig vertreten.

Nach diesem Reinfall gab ich es endgültig auf, die etwa doch vorhandenen Wiener in Leipzig zu suchen. Ich begann mich um die einheimische Bevölkerung zu kümmern und habe das nie bedauert. Der sozialistische Gedanke macht vor betarrigen Zufälligkeiten, wie es etwa die Beschaffenheit der Heimatkünder ist, keinen Halt. So kam es, daß ich mich mit vielen Leipziger Genossen wirklich befreundete. Und wenn ich ihnen von unserem Viktor Adler, von Franz Schumeler und anderen Führern der Arbeiterbewegung in unserem Lande erzählte, und sie diesen Erzählungen mit wirklichem Interesse lauschten, dann glaube ich, auf diese Weise bestimmt ein guter „Weana Bua“ geblieben zu sein. Fritz Barth.

Handgemenge mit Polizisten

Dem Kriminalamt wird uns heute Mittag (!) der folgende Bericht übermittelt:

Am Sonntag, dem 26. August, gegen 21 Uhr, erfolgte in der Nordstraße ein Zusammenstoß zwischen einigen Polizeibeamten der 8. Polizeiwache und mehreren Personen.

Zwei Beamte dieser Wache waren von Passanten um ein Einschreiten gegen mehrere Männer gebeten worden, die in der Nordstraße einen Speerbock an einer Ausschachtung und eine Sturmlaterne weggenommen hatten. Kurz vor dem Eintreffen der Polizeibeamten hatte der eine Täter den Speerbock mitte n auf den Fahrdamm der Nordstraße, ein anderer die Sturmlaterne in den Hof der Schule in der Vöhrstraße geworfen. Bei der Aufforderung an die Täter, mit nach der Wache zu kommen, fanden die Beamten sofort heftigen Widerstand und wurden angegriffen. So daß sie in ihrer Verdrängnis zum Gummihüpfel, Schlagring und Seitengewehr greifen mußten. Außerdem verletzten noch andere Männer, die festgenommenen Täter dadurch zu befreien, daß sie die Beamten gleichfalls angriffen und auf sie einschlugen.

Auch die inzwischen zur Unterstützung herbeigeeilten Beamten der 8. Polizeiwache wurden sofort angegriffen. Einer der Täter schleuberte eine Bierflasche nach dem Kopf eines Beamten, ohne diesen zu treffen. Es gelang nunmehr, drei der Täter der Wache zuzuführen. Aber auch dort setzten die Zugewanderten ihren Widerstand fort, wobei die Türöffnung eines Schreibpultes eingetreten wurde. Zwei der Täter wurden infolge ihrer erlittenen Kopfverletzungen nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht, während der 3. dem Polizeipräsidium zugeführt wurde. Von den Beamten ist einer an beiden Händen erheblich verletzt worden. Ein anderer ist mit einem harten Gegenstand geschlagen worden. Er hat mehrere Quetschungen an der linken Kopfseite, einen Bluterguß am linken Auge und einen Biß in den linken Arm erhalten. Außerdem leidet er an heftigen Schmerzen im Rücken und hat Atembeschwerden, so daß er dienstunfähig wurde. Ferner sind die Uniformen der Beamten schwer beschädigt worden. Das Kriminalamt bittet Personen, die Zeuge des Vorfalls gewesen sind, sich zu melden.

Zentral-Auskunftsstelle auf dem Ausstellungsgelände

Die Messebesucher orientieren sich auf dem Ausstellungsgelände der Technischen Messe am raschesten an der Zentral-Auskunftsstelle, die unmittelbar am Haupteingang des Geländes an der Reichenhainer Straße errichtet ist. Diese Auskunftsstelle ist von Beamten des Reichsanwalts und von Mitgliedern des Bundes Deutscher Zivil-Ingenieure besetzt. Es werden hier Auskünfte über alle Messeangelegenheiten, Auskünfte technischer Art, Fahrplanauskünfte usw. erteilt. Soweit eine Beratung oder Bedienung nicht unmittelbar gegeben kann, erfolgt auf kürzestem Wege Weiterleitung an die nächste Auskunftsstelle.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Engelsdorf. Morgen Mittwoch, 29. August, 20 Uhr, in der Bibliothek wichtige Sitzung.
 Zwenkau. Mittwoch, 29. August, 20 Uhr, in der Sommerluft Funktionärsitzung.
 Wahren. Mittwoch, 29. August, 20 Uhr, in der Bibliothek wichtige Sitzung.

Frauen.

Osten. Montag, den 3. September, 20 Uhr, in den Reichshallen, Heiterer Abend mit Genossen Ziegler.
 Böhlitz-Chrenberg. Mittwoch, 29. August, 20 Uhr, im Kindergarten Vortrag des Genossen Rauch „Auflösung der Ehe“.
 Modau. Mittwoch, 29. August, 20 Uhr, im Restaurant Lindenhof Heiterer Frauenabend.
 Gohlis. Wir besuchen morgen Mittwoch den heiteren Frauenabend in Modau, Lindenhof. Treffpunkt zum gemeinsamen Marsch, 19 Uhr, an der Endstation der Linie 12, Pariser Straße.
 Reuditz. Dienstag, 28. August, 20 Uhr, im Schwarzen Jäger Vortrag des Genossen Zeiler: „Ist die Ehe eine gottgewollte Einrichtung?“
 Pögnitz. Donnerstag, 30. August, 20 Uhr, Bericht der Genossin Schilling vom Internationalen Kongress.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Osten I. Mittwoch, 29. August, 20 Uhr, Elternabend in der Schule Wislmannstraße. Eltern, deren Kinder die Offenerfahrt mitgemacht haben, müssen bestimmt kommen, da wichtige Besprechung.
 Südosten. Gruppe Viesels-Lotte trifft sich Mittwoch, 29. August, 19 Uhr, am Heim. Wir besprechen unsere Sonnabendfahrt.
 Gruppe Ute-Willi trifft sich Mittwoch, 29. August, 17 Uhr, am Südbad. 5 Pfennige mitbringen.
 Mittwoch, 29. August, 20.30 Uhr, Helfersitzung in der Thonberger Bibliothek. Alle müssen kommen.
 Pögnitz. Heute, 17.30 Uhr, Sorde Paul bei Weiß, Lobstädtler Straße 11.

SWJ.

Funktionärschule. Heute Kurulus Spieler.
 Sprechchor. Mittwoch, 29. August, 19.30 Uhr, Probe in der Schule.

Schule.

Sämtliche Elternräte der 1., 3., 4., 5., 8., 10., 32., 40., 41. Volksschule Mittwoch, 29. August, 19.30 Uhr, wichtige Sitzung im Volkshaus, Zimmer 2.

Mitglieder-Veranstaltungen

Zwenkau. Sonnabend, 1. September, 20 Uhr, in der Sommerluft, Mitgliederversammlung mit Lichtbildvortrag.

Partei fest in Großschöcher

35 Jahre sozialdemokratischer Ortsverein

Vor 35 Jahren, also kurze Zeit nach dem Fall des Schandfahnen gegen das deutsche Proletariat, wurde in Großschöcher ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet. Aus diesem Anlaß hatte der Ortsverein der SPD am Sonntag eine Erinnerungsfest veranstaltet. Sie darf in allen Teilen als wohlgeordnet bezeichnet werden. Gegen 13.30 Uhr legte sich von der Anton-Zimmermann-Straße aus ein Festzug in Bewegung, der bei guter Beteiligung überall das regste Interesse fand. Auf dem Festplatz, dem Spielplatz am Lauerischen Weg, wurde nach kurzer Begrüßung ein gemeinsames Lied gesungen. Dann entwickelte sich ein reges Leben und Treiben. Kinderspiele, Gesangsvereine an die Kinder, Musikdarbietungen der Jugend, Massenspiele und Jugendwettspiele auf einer eigens zu diesem Zwecke errichteten Bühne wechselten miteinander. So kam der Abend heran. Nach einer kurzen Ansprache des Genossen Rauch und dem mit großer Begeisterung gebotenen und ausgenommenen Sprechchor Jugendtag von Bruno Schönlank beschloß ein Fackelzug den Erinnerungstag.
 Die Veranstaltung dürfen auf eine wohlgeordnete Feier zurückblicken. Besonders den Jugendlichen wird in Erinnerung bleiben, was bei dieser Gelegenheit vorgetragen wurde, nämlich das wegen Tragens eines roten Tuschentuches, das wie eine Fahne an einen Spazierstock befestigt war, unter dem Sozialistengesetz gegen vier Leipziger Proletarier über zehn Jahre Zuchthaus und gegen weitere sieben Arbeiter 12 Jahre Gefängnis verhängt wurden; daß während der sozialistengesetzlichen Zeit Leipziger Proletarier 193 Jahre in Zuchthaus, Gefängnis und Untersuchungshaft schmachten mußten, lediglich wegen ihrer Treue zur Partei. Leichter ist heute die Kampffront in Marisch zu sehen. Denn die Opfer unserer mutigen Kämpfer in heißer Zeit sind nicht umsonst gewesen. Die jetzt eroberte Bewegungsfreiheit verpflichtet. Niemand darf lässig die Kräfte genießen, die andere für ihn erkämpft haben, sondern jeder muß die erweiterten Rechte benutzen, um den endgültigen Sieg des Proletariats über Ausbeutung und Despotie des Kapitalismus auf der ganzen Linie zu vervollständigen.

Proletarischer Kindertag in Eutritzsch

Einen glänzenden Verlauf nahm der vom Ortsverein Eutritzsch der SPD unternommene proletarische Kindertag. Gegen 14 Uhr rückte ein Zug von 300 Jungen und Mädels, geführt von der Sozialistischen Arbeiterjugend, mit vielen roten Fahnen und Wimpeln nach den Eutritzscher Partiewiesen. Die Arbeiterjugend mit ihren schönen Wägen und Lebnisliedern sorgte für die Marschmusik. Auf dem Platze setzte bald ein lustiges Leben und Treiben ein. Unter der Leitung der Kinderfreunde wurden die Kinder im lustigen Spiel und Tanz unterhalten. „Anton“ sorgte mit seinem proletarischen Puppentheater für die Laune der Kleinen; ein Hans-Sachs-Spiel der Jugend für die der Älteren. Den Abend schloß der herrliche Film „Kinderrepublik Seelcamp“ und eine gute Lamplendeleistung.
 Die SPD Eutritzsch hat hier eine Feier veranstaltet, die weit über den Rahmen der sonstigen spießbürgerlichen Kindertage ragt; hier stand das Kind im Mittelpunkt der ganzen Veranstaltung. Bestant sei noch, daß zu dieser Feier kein Alkohol verabreicht wurde. Dem Ortsverein Eutritzsch, der Sozialistischen Arbeiterjugend und den Kinderfreunden gebührt der schönste Dank für die gute Durchführung der Veranstaltung.

Den König segne Gott

„Wie im Himmel also auch in der deutschen Republik.“

Das ist, wie wir vor wenigen Tagen berichteten, der Text einiger Lieder des jetzt noch in Schulen und Kirchen Sachens eingeführten Gesangbuches. Wir hatten in dem Artikel für dieses deutschrepublikanische Kuriosum neben dem Volksbildungsministerium und dem Landeskonfessionsrat auch das Leipziger Beschaffungsamt, das die Bücher an die Schulen liefert, mit verantwortlich gemacht und die Erwartung ausgesprochen, daß man sich in den drei genannten Stellen endlich daran machen werde, diese Gesangsbücher aus dem Gesangsbuch zu entfernen. Das Beschaffungsamt teilt uns daraufhin mit, es sei nicht in der Lage, auf Inhalt und Ausgestaltung der von ihm zu liefernden Bücher Einfluß zu nehmen, ihm also auch kein Vorwurf gemacht werden könne, wenn derartige Ausstellungen an Schulbüchern zu machen sind. Wir geben dies zu, würden es aber sehr verdienstlich finden, wenn das Beschaffungsamt, nachdem es durch unseren Artikel Kunde von dem heillos ansehbaren Inhalt des Gesangbuches erhalten hat, höheren Orts darauf aufmerksam macht.

Unsere Kritik an der leichtfertigen Neuherausgabe des mit monarchistischen Bemerkungen gespickten Gesangbuches bleibt trotz des begreiflichen Einpruchs des Beschaffungsamtes unberührt. Zweck unserer Kritik war, auf die Verantwortlichkeit der für die Behauptung und Vermittlung der Verantwortlichen hinzuweisen und

daran zu erinnern, daß der „heilige Jörn Gottes“ mit dem Gottesgnadentum in Deutschland aufgeräumt hat. Volksbildungsministerium und Landeskonfessionsrat sind daran gewiß unschuldig. Nichtsdestoweniger haben sie die Tatsachen zu respektieren. Denn was Gott der Herr befohlen hat, daran soll der Mensch nichts ändern. Auch das Volksbildungsministerium nicht. Und das Landeskonfessionsrat, das von jedermann Gehorham gegen Gott verlangt, hat erst recht Grund, den Jörn des Allmächtigen nicht aufs neue zu entsagen, simeatmal es sonst doch auch sehr leicht passieren könnte, daß der allgütige Vater im Himmel auch ihm das Szepter aus der freudhaften Hand schlägt.

Da aber bei den herrschenden Klassen, deren Interesseneinstellung das Landeskonfessionsrat seine Existenz verbannt, viel weniger von Gottesfurcht als von der eigenen Gottberühmtheit erfüllt und stets mit allen Kräften daran find, ihrem Gebote Geltung zu verschaffen, werden die nicht gottfürchtlich Veranlagten und die nicht in monarchistischer Servilität Erstarrten sich der Sache annehmen und zumindest den Geboten der neuen Staatsordnung Respekt verschaffen müssen. Wir werden nicht versäumen, darauf zu achten, inwieweit und ob in hinreichend kurzer Zeit unserem Verlangen auf Beseitigung der genannten Texte nachgekommen wird.

Die Betriebsstörung bei Althoff

Ueber die gestern von uns ausführlich gemeldete Betriebsstörung bei Althoff durch ausströmendes Ammoniakgas berichtet der amtliche Polizeibericht: Am 27. August, vormittags, ist, vermutlich durch Undichtigwerden eines Leitungsrohres der Kühlanlage im Kellergehöf des Warenhauses Althoff Ammoniak entströmt. Hierbei erlitt der 42 Jahre alte Händler Walter K. (der sich, wie wir erfahren, nicht in der unmittelbaren Nähe der Unfallsätte aufhielt. Red.) eine Gasvergiftung, die seine Ueberführung in das Krankenhaus St. Jakob erforderlich machte. Lebensgefahr besteht für ihn nicht. Bei zwei weiteren Personen waren die Vergiftungen leichter Natur. Sie erholten sich nach kurzer Zeit wieder. Von der sofort herbeigerufenen Feuerwehr wurde jede weitere Gefahr beseitigt.

Anfälle in Leipzig

Ein Kind verschluckt einen Stein. Gestern um 17 Uhr ereignete sich an der Ede Eisenbahn- und Konstantinstraße ein eigenartiger Unfall. Kinder spielten hier in dem Sandhaufen einer Baukelle. Plötzlich verschluckte ein 3½-jähriges Kind einen Kieselstein. Es wurde zum Arzt und von dort ins Krankenhaus gebracht.

Vom Auto angefahren wurde gestern nachmittags ein junges Mädchen in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Es lief einem Wagen der

Straßenbahnlinie 13 nach, war dabei aber in ein von ihm nicht bemercktes Auto hineingelaufen. Das Mädchen zog sich Hautabschürfungen zu und mußte dem nächsten Krankenhause überwiesen werden.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig. Nach dem 30. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 12. bis 18. August 168 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 5. bis 11. August 170, davon 78 Knaben und 92 Mädchen, 36 Lebendgeborene waren unehelicher Abstammung. Totgeborene wurden 4 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 12. bis 18. August 154 Personen, darunter 24 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 81 männliche und 73 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Diphtherie 1, Ruhr 2, Tuberkulose 10, Krebs 22, Gehirnschlag 11, Herzkrankheiten 19, Lungenerkrankung 14, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 2, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 6, Kindbettfieber 3, Altersschwäche 5, übrige natürliche Todesursachen 41. 8 Personen erlitten tödlichen Unfällen und 10 endeten durch Selbstmord.

Leipziger Rundfunkprogramm

Mittwoch, den 29. August.

- 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11.45 Uhr: Wetterdienst und -vorausage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12.00 Uhr: Mittagsmusik.
- 12.55 Uhr: Neuener Zeitzeichen.
- 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15.00 Uhr: Konzert aus der Jahreschau, Dresden. Dresdner Rundfunkkapelle: Gustav Agunie.
- 16.30 Uhr: Für die Jugend. Von Blumen und Bäumen. Mitwirkende: Josepha Eisner-Dertel, Dresden (Rezitationen), die Dresdner Rundfunkkapelle: Gustav Agunie.
- 18.30 Uhr: Vektor Claude Granber, Gertrud von Esyeren: Französisch für Fortgeschrittene (Deutsche Welle, Berlin.)
- 18.55-19.20 Uhr: Min.-Kat Dr. Flatom: Technischer Lehrgang für Facharbeiter und Werkmeister: „Arbeitsrecht.“ (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19.25-19.55 Uhr: Georg Müller, Berlin: „Tom Commis voyageur zum Wirtschaftsmenschen.“
- 20.00 Uhr: Wettervorausage, Zeitangabe und Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamts Sachsen.
- 20.15 Uhr: Operettenklänge. Mitwirkende: Franz Baumann (Gesang) und das Leipziger Rundfunkorchester: Hilmar Weber.
- 22.00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22.15-24.00 Uhr: Tanzmusik. Feuner-Freudenberg-Orchester.

Der Brüsseler Kongress der SPD

SPD-Verammlung Groß-Leipzig

Die Genossin Martha Schilling erstattete den Bericht über die internationale Frauenkonferenz. Bei der Behandlung der Frage „Mutter und Kind“ kam es zu einer lebhaften Diskussion über die Abtreibung. Die Vertreterinnen von Frankreich, Belgien und Holland erklärten, daß sie sich zur Behandlung dieses Punktes nicht bereisfinden könnten, weil die Frage nicht direkt auf der Tagesordnung stünde, und weil sie sie erst mit ihren eigenen Reihen klären müßten. Vollständig ablehnend, mit ganz merkwürdigen Begründungen stand die Vertreterin der englischen Labour Party dieser Frage gegenüber. Die Genossin Schilling erklärte, daß die englischen Frauen sich nunmehr vier Jahre mit der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung beschäftigten. Bisher hätten sie aber nicht herausfinden können, daß die Frage sich dazu eignete, auf einem internationalen Kongress besprochen zu werden.

Die Vertreterin der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands erklärte, daß sie die Ansicht der Genossin Schilling nicht teile. Sie sei im Gegenteil der Meinung, daß dieser Frage nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt werden könne. Insbesondere wünschte sie, daß sich der Kongress für ähnliche Institutionen einsetze, wie wir sie hier in Deutschland in ihren Anfängen in den Eheberatungsstellen haben.

Auf Grund dieser wenn auch wenigen Einsprüche fand sich der Kongress bereit, die von den österreichischen Genossinnen eingebrachte Resolution dahin abzuändern, daß der einstimmige Passus fiel. Daraufhin gelangte die Resolution dann zur einstimmigen Annahme.

Ueber den Schutz des unehelichen Kindes herrschte volle Einmütigkeit. In einer Resolution von der Genossin Tyllica (Polen) lag zahlenmäßig das Verhältnis der unehelichen zu den ehelichen vor.

So hätte man auf hundert lebendgeborene Kinder uneheliche: 16 in Berlin, 17 in Brüssel, 18 in Rom, 24 in Petersburg, 27 in Paris, 28 in Budapest, 32 in Wien, 44 in Prag.

Der Kongress nahm schließlich hierzu einstimmig eine Resolution an, in der alle Forderungen in dem einen Satz zusammengefaßt wurden. Der Kongress verlangt: Gesetzliche Maßnahmen zur völligen Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern.

Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung, „Die Frau im Betrieb“, zu dem die Genossin Hanna (Deutschland) referierte, stellte die Konferenz als oberstes Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung u. a. auf:

1. Freiheit für die Frauen, sich ihren Lebensweg nach ihren Kräften und nach ihrem Können zu gestalten.
2. Arbeitsbedingungen, die den Frauen die erforderlichen Kräfte zur körperlichen und geistigen Entwicklung erhalten, und diese nicht hindern, die den Frauen von der Natur zugewiesenen Funktionen als Geschlechtswesen zu erfüllen.
3. Ausreichende Schonfrist aller erwerbstätigen Frauen vor und nach der Niederkunft.
4. Begrenzung der Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden täglich.

So wie bei dem ersten Punkt kam es dann noch einmal beim letzten Tagesordnungspunkte zu einer scharfen Auseinandersetzung. Das Thema: „Tendenzen zur Mobilisierung der Frauen in Kriegzeiten“ war deshalb mit auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil in verschiedenen Ländern die Weiblichkeit zutage tritt, die Mobilisierung der Frauen zur militärischen Dienstpflicht gesetzlich festzulegen. Diese gefährlichen Tendenzen müßten von der Internationalen im Keime erstickt werden, wenn nicht die Aufrüstung des Militarismus einen neuen Sieg erleben sollte.

Die Debatte ergab, daß von 100 Delegierten eine einzige, und zwar die Vertreterin Frankreichs, die Genossin Saumonau, sich für die Mobilisierung der Frauen einsetzte. Die für eine Sozialistin unverständlichen Ausführungen tiefen selbstverständlich auf dem Kongress die lebhafteste Empörung und Ablehnung hervor. Die Genossinnen Pop und Gendeb wiberlegten die Ausführungen in glänzender Weise mit den Erfahrungen, die wir Frauen im Weltkrieg gemacht haben.

Die Resolution, die diese Mobilisierungstendenzen verurteilt, und in der die Frauen und Mütter der ganzen Welt aufgefordert werden, sich gegen jeden Versuch industrieller Kriegsdienstleistung

mit aller Kraft zu wenden, wurde schließlich mit allen Stimmen gegen die Stimme der Genossin Saumonau angenommen.

Genosse Engelbert Graf führte u. a. aus: Es ist bedauerlich, daß die Panzerkreuzer-Ära den Eindruck des Brüsseler Kongresses vermischt hat. Die sozialistischen Minister haben, so mit nicht nur die Arbeit der deutschen, sondern die der internationalen Sozialdemokratie schwer geschädigt. Internationale Kongresse sollen von Zeit zu Zeit die nationalen Parteien der einzelnen Länder zusammenführen, die Bildung von Sekten verhindern, die internationale proletarische Front festigen. Wenn man unter diesem Gesichtspunkt die Arbeit des Brüsseler Kongresses würdigen will, dann muß man, abgesehen von den früheren und organisatorischen Mängeln, vor allem die Jugend unserer Internationalen in Rechnung stellen. Der Weltkrieg brachte den Zusammenbruch der alten Internationalen. Zimmerwald und Kiental waren die ersten Versuche, aus den zurückgelassenen Trümmern etwas zu retten. Der Ausgang des Weltkrieges brachte die Gründung der Moskauer Internationalen, und im Jahre 1921 wurde in der Wiener Arbeitsgemeinschaft ein Zusammenschluß marxistischer Parteien versucht. 1923 erfolgte dann in Hamburg die Gründung der SWJ. Wir wollen offen zugeben: Keiner der letzter abgehaltenen Kongresse hat uns recht befriedigen können. Als der Hamburger Kongress vorbereitet wurde, war in Europa noch eine revolutionäre Epoche, als der Kongress dann stattfand, war dies nicht mehr der Fall. Als Marseille vorbereitet wurde, war die Inflation beendet und neue Hoffnungen wurden auf den Weltbund gesetzt. Auf dem Kongress selbst mußte man sich dann mit den Fragen des Wiederaufbaues in Europa befassen. Der englische Bergarbeiterstreik, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die Kolonialkriege haben wieder neue Gesichtspunkte gebracht.

Auf die Tagesordnung des Brüsseler Kongresses wurden deshalb die Probleme der Abtreibung und der Kolonialpolitik gesetzt. Es hat den Anschein, als ob auch diesmal wieder die unmittelbare Aktualität dieser Dinge nicht mehr gegeben war. Für die Tagesordnung des nächsten Kongresses ist das Problem der Koalitionspolitik vorgesehen worden. Wissen wir, ob bis zum nächsten Kongress nicht schon wichtigere Dinge die Kräfte des internationalen Proletariats beanspruchen?

Bei der Behandlung der Kolonialpolitik mußte man mit den Schwierigkeiten rechnen, die von Seiten der Kolonien bestehenden Länder entstanden. Die angenommene Resolution mit ihrer Einstellung der Kolonien in verschiedene Stufen kann uns nicht voll befriedigen.

Bei der Abtreibungsfrage ist es gelungen, eine Reihe von Verbesserungen durchzusetzen. Genosse Graf schildert hier ausführlich die Haltung der verschiedenen Delegationen zur Abtreibung.

In organisatorischer Beziehung hat der Kongress eine Neuerung gebracht, indem für die Zukunft zwischen Exekutive und Kongress als neues Organ die Internationale Konferenz eingeschoben wird. Auch der Brüsseler Kongress hat wiederum gezeigt, daß die Arbeit durch solche große Kongresse ungeheuer erschwert wird. Es ist freilich nicht angegeben worden, wer die Delegierten für eine solche Konferenz, die ungefähr 150 bis 180 Teilnehmer haben dürfte, zu wählen hat, und die Parteiländer nicht vom Parteivorstand ernannt werden.

Die Ueberführung des Bölfers Bundes machte sich auch auf dem Brüsseler Kongress recht deutlich bemerkbar. Andererseits war es sehr erfreulich, daß der Kongress eine einheitliche Rundgebung für die bedingungslose Rheinlandkränkung gebracht hat.

Den Höhepunkt erreichte der Kongress zweifellos durch die Rede des Genossen Otto Bauer und durch die Annahme des von ihm beeinflussten Manifestes. Gerade in dem Moment, wo in Moskau der Kampf gegen die Sozialdemokratie als Hauptkampf der Komintern propagiert wird, strekt Otto Bauer den Russen die Hand entgegen. Die wesentlichsten Momente des angenommenen Manifestes sind der Appell an die amerikanische Arbeiterklasse und der Hinweis auf die notwendige Verbindung mit dem östlichen Proletariat. Mögen die Gedanken der Kongressbeschlüsse die Mitglieder der einzelnen proletarischen Parteien zur lebendigen Anteilnahme wecken!

In der Diskussion befaßt sich Genosse Alexander Müller noch einmal mit der Panzerkreuzerfrage und verurteilt die Haltung der Minister sowohl als auch die Beschlässe unserer Partei.

Instanzen. Die Parteigenossen müßten dafür sorgen, daß es anders werde.

Genosse Böhlen: Die Brüsseler Resolutionen entsprechen nicht den auf dem Kongress vorhandenen Machtverhältnissen zwischen dem reformistischen und dem marxistischen Flügel. Die Marxisten haben dafür zu sorgen, daß die Schranken einer proletarischen Politik in den Reihen der proletarischen Organisationen aufgezeigt werden, um innerhalb der Partei die Demokratie aufrechtzuerhalten und die Massen zu ihr zu erziehen.

Genosse Biehl: Von den Vorkämpfern der deutschen Delegation ist in Brüssel jene Auffassung vertreten worden, die die Politik der Sozialistischen Arbeiterinternationale den angeblich nationalen Interessen der einzelnen Parteien unterordnen will. Genosse Biehl bekämpft in der Kommission einen Abänderungsantrag der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei zur Abrüstungsresolution, in dem die sozialistischen Parteien verpflichtet werden sollten, für die völlige Abrüstung einzutreten, u. a. mit der Begründung, daß er sagte, solange die Internationale den Parteien die Teilnahme an einer Koalition nicht verbiete, könne sie auch nicht Beschlüsse fassen, die Koalitionen erschweren oder sogar unmöglich machen müßten, d. h. also, die Internationale darf die Partei nicht auf völlige Abrüstung verpflichten. Diese Erklärung Biehls muß uns Veranlassung sein, bei kommenden Koalitionsdebatten zuerst die Frage zu prüfen, ob die Partei durch eine Teilnahme an der Koalition in der Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen behindert wird. Unsere Aufgabe ist weiter, diese Auffassung, die die politischen Beschlüsse der sozialistischen Internationale von bestehenden oder kommenden sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierungen abhängig machen will, zu bekämpfen und dafür zu sorgen, daß die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie auf internationalen Kongressen nicht als hemmende, sondern als vorwärtstreibende Kräfte im proletarischen Kampf wirken.

Genosse Baumann: Die historische Aufgabe, die dem Proletariat in der augenblicklichen Phase der imperialistischen Wirklichkeit gestellt ist, hat der Kongress in keiner Weise erfüllt. Gute Resolutionen sind von den früheren Kongressen zur Genüge gefaßt worden. Wir brauchen jetzt mehr als Resolutionen. Die nationalen Parteien müssen dazu verpflichtet werden, die Resolutionen auch in der praktischen Politik zu beachten. Darüber hinaus hat der Kongress für eine praktisch organisierte Kriegsverhinderungspolitik nichts gebracht. Es wird an den Massen selbst liegen, für einen künftigen Kongress bessere Bedingungen zu besorgen.

Genosse Kaudz: Die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse werden die sozialistischen Organisationen der einzelnen Länder nie voll befriedigen können. Sie tragen stets Kompromisscharakter. Das ist bedingt durch die unterschiedliche wirtschaftliche Struktur und die daraus sich ergebenden unterschiedlichen Produktionsverhältnisse, die Denkhaltung und Willensrichtung des Proletariats bestimmen. Dazu kommen die unterschiedlichen politischen Machtverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Beschlüsse der Internationale sind Etappenziele, aber nicht Barrieren. Gestattet die Machtlage des Proletariats eines Landes, darüber hinauszugehen, muß und wird das auch geschehen. Wir haben deshalb keinen Grund, im Pessimismus zu verfallen. Entfalten wir unsere Kräfte im eigenen Lande, dann werden wir damit auch die proletarischen Kräfte in andern Ländern heben.

Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Graf, in dem er die Parteigenossen zu aktivem Interesse für die Fragen der Internationale aufrief und in dem er „nörgelnde“ Kritik zurückwies, schloß Genosse Liebmann die Versammlung.



Aus dem Kreisauschuß

Die Tagesordnung der Kreisauschusssitzung vom Montag wies zwar dreißig Punkte auf, war aber trotzdem im ganzen recht belanglos. Und wenn nicht der pedantisch gewissenhafte Oberregierungsrat Dr. Zweifel ein schier endloses Kolleg über die verschiedenen Arten von Straßenzuweisungen, Schleusen- und Grubentrümmungs- und anderen Returen gehalten hätte, wäre man schon nach einer Stunde in der angenehmen Lage gewesen, heimzuziehen. Es dauerte es indessen zweieinhalb Stunden.

Von den zahlreichen Returen — es mochte wohl ein halbes Hundert sein — verzieten, wie immer, die weitaus meisten der Ablehnung; sie richteten sich in der Regel wieder gegen die von uns schon wiederholt geschilderte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, die von den großen Hausagariern in ihrem Interesse erzwungen wurde. Bürgermeister Hoffmann konnte denn auch als Vertreter des Stadtrats nur sagen, daß lediglich eine Revision des Urteils Verhütung unter den tatsächlich durch den jetzigen Zustand schwer belasteten kleinen Hausbesitzern schaffen könnte. Daraus mögen natürlich die Angherren der derzeitigen Verhältnisse nichts wissen.

Dann genehmigte der Ausschuss die Aufnahme verschiedener Darlehen, darunter eins von 800 000 Mark zur Erweiterung des Jenaer Bezirkskrankenhauses, über die wir schon früher ausführlich berichtet haben; eins von 190 000 Mark durch die Stadt Döbeln für die Errichtung eines Arbeitsamts-Gebäudes und ein zweites von 600 000 Mark für städtische Wohnungsbauten und eine neue Schule; schließlich eins von 210 000 Mark durch die Stadt Hainichen für den Bau eines Finanzamts-Gebäudes. Damit hatte sich die Tagesordnung im wesentlichen erschöpft. Anschließend wurde eine Rundfahrt durch die technische Messe unternommen.

*

Wiederholt. Ueberfahren. Am Sonntagnachmittag wurde in der Döbelner Straße das 3 jährige Mädchen des Arbeiters S. aus der Schulstraße von einem Auto überfahren. Das Mädchen wollte nach der anderen Straßenseite zu seinem Vater, als es im gleichen Augenblick von dem Auto erfaßt und über den Leib gefahren wurde. Auf Anweisung des Arztes ist das Kind dem Krankenhaus St. Georg zugeführt worden. Nach Aussagen von Zeugen soll den Wagenführer keine Schuld treffen, da das Kind direkt in das Auto hineingelaufen ist. Die Verletzungen des Kindes sind, wie nachträglich festgestellt worden ist, nicht erster Natur.

Wachau. Gemeindevorordnetenversammlung. Es wird zur Kenntnis genommen, daß der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft mit mehreren Abdeckerien vertraglich die unentgeltliche Abholung aller Tierkadaver geregelt hat. Der Gemeinderat wird beauftragt, entsprechende Sammelbehälter zu beschaffen.

Das Grundstück 72, welches 1922 vom Rat der Stadt Leipzig an die Gemeinde verkauft wurde, ist noch nicht nach dem Grundbuch aufgelassen. Die Bereitwilligkeit dazu ist von normalen Besitzer schriftlich bezeugt. — Die Gas-, Schloffer-, Installations- und Ofenheizerarbeiten für das Fünffamilienwohnhaus wurden vergeben. — Die Liebertwolkwitzer Straße soll zum Teil eingebaut werden. Weil die nebenwändige Umleitung des Verkehrs diese Straße stark in Anspruch nahm, soll noch eine Staatsbeihilfe für den Einbau beantragt werden. — Die Befestigung mit Stein Schlag wird der Firma Ebert u. Co. in Altenhain übertragen. — Die Kosten der Ortserweiterung und Straßenbeleuchtung des Ortsteils Auenhain belaufen sich auf 11 500 Reichsmark. — Vom Elektrizitätsverband Leipzig-Land ist eine Beihilfe von 5490 Reichsmark zugesagt worden. Die Energie-A.-G. wird mit dem Ausbau in den nächsten Wochen beginnen. — Von der beabsichtigten Umstellung der Pflichtfeuerwehr in eine freiwillige Wehr wird Kenntnis genommen.

Mötha. Die letzte Mitgliederversammlung des Ortsvereins der SPD besaßte sich mit der Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau. Das Referat hierüber hatte Genosse Kaudz, Leipzig, übernommen. Der Redner entließ sich seiner Aufgabe in sachlicher und ausführlicher Weise und erklärte zum Schluß: So ungeheurer der Schaden auch sei, der dem deutschen und internationalen Proletariat durch die sozialdemokratischen Minister zugefügt wurde, kein Genosse dürfe sich dadurch beirren lassen, sondern erst recht die Fahne der Partei und des Sozialismus hochhalten. Nur so können wir den Gegnern nach rechts und links imponieren. In der ausgiebigen Debatte kam spontan die Empörung über das Verhalten der sozialdemokratischen Minister zum Ausdruck, die sich so brüsk über die Wahlversprechungen und über den Willen der Parteimitglieder hinwegsetzten. Es wurde aber auch erklärt, daß die SPD gar keine Veranlassung hat, sich auf das große Pferd zu setzen, denn ihre Mitglieder haben einfach Kadavergehörigkeit zu leisten, dürfen gar nicht wagen, weder in Wort noch in Schrift, gegen ihre Führer vorzugehen, auch wenn ihnen die größten Dummheiten feroziert würden.

Zum Schluß wurde der Entschließung der Leipziger Parteigenossen einstimmig beigetreten. — Anschließend hielt Genosse Artur Müller ein Referat über das städtische Bauprogramm und speziell über das 30-Familien-Wohnhaus (Zehnbau). Der Redner erklärte, daß der Bau seiner Vollendung entgegenstehe und die Bürgerlichen und Kommunisten jetzt jede Verantwortung für den Bau ablehnen. Die Sozialdemokraten könnten aber mit Stolz die Verantwortung für den Bau tragen.

— Præhistorischer Fund. Bei den Manierungsarbeiten des 30-Familien-Wohnhauses, wurde eine alte sordische Brandstelle gefunden. Aufser verschiedenen Tonförmchen förderte man einen gut erhaltenen Tontopf zutage, den Genosse Weber für die hiesige Schule erworben hat.

Eisenburg. Bau des Hochwasserdammes in der Schloßhau. Wie wir hören, wird mit dem Bau des Hochwasserdammes in der Schloßhau am 1. September begonnen. Der Tiefbauunternehmer Römer hat den Zuschlag dieser Arbeitsausführung zum Preise von 71 950 Mk. erhalten. Die Arbeiten werden im Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge durchgeführt. Man hofft, 40 Arbeitslose vom hiesigen Arbeitsamt einzustellen. Staat und Provinz geben zunächst je 10 000 Mk. als Beihilfe für das Jahr zu den Kosten des Dammbaues.

Umtliche Bekanntmachungen

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 1. Juni d. J. in den Leipziger Neuesten Nachrichten, der Neuen Leipziger Zeitung und der Leipziger Volkszeitung habe ich bekannt, daß die Unterlagen für die Enteignung der zur Verfertigung einer Ableitungsschleuse von der Kläranlage in Leipzig-Wahren nach der Elster innerhalb der Flur Stahmeln ersorderlichen Teile der in dem bekanntgegebenen Verzeichnis aufgeführten Grundstücke während dreier Wochen in der Kreisbauamtskassette Leipzig, Zimmer 32 — und beim Stadtrat Leipzig, Grundbüroamt II, zu jedermanns Einsicht ausliegen.

Die Enteignungsverhandlung findet **Mittwoch, den 19. September 1928, vormittags 10 Uhr,**

im Gasthause „Zur Post“ in Stahmeln statt. Widersprüche gegen die Enteignung oder den Plan sind bei sonst einregendem Verlaufe entweder vor oder spätestens in der Enteignungsverhandlung anzubringen. Nebenberechtigte, denen ein dingliches Recht am Gegenstand der Enteignung oder ein dingliches vererbliches Gebrauchs- oder Nutzungrecht zusteht, haben solche Rechte und die hieraus abzuleitenden Entschädigungsforderungen spätestens im Enteignungstermin anzumelden, widrigenfalls die in diesem Termin getroffenen Festsetzungen gegen sie gelten und sie bezüglich des Rechtes auf besondere Entschädigung im Enteignungsverfahren der Gefahr des Verlustes ausgesetzt sind.

Weiter wird auf die in § 27 Absatz 2 und 5 des Enteignungsgesetzes vom 24. Juni 1902 bezeichneten Rechtsnachteile hingewiesen. Beteiligte haben solche nur ihnen bekannte Umstände, aus denen Ansprüche auf außergewöhnlich hohe Entschädigungen hergeleitet werden könnten, in der Enteignungsverhandlung anzudeuten, widrigenfalls die Umstände bei der Entschädigungsfeststellung nicht berücksichtigt werden. E. Ent. 21

Leipzig, am 25. August 1928.
Der mit den Obliegenheiten der Enteignungsbehörde Beauftragte,
Dr. Zweifel, Ober-Regierungsrat.

Allgemeine Ortskrankenkasse Grimma-Land

Sonntag, den 9. September 1928, vormittags 9 Uhr, soll im Gasthause „Stadt Leipzig“ in Grimma eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes hiermit ergeben eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Beratung des XVII. Nachtrages zur Satzung.

Grimma, am 27. August 1928.
Der Vorsitzende des Vorstandes.

Spartasse Liebertwolkwitz.

Günstige Verzinsung aller Kapitalanlagen
Stroßstraße Leipzig Konto Nr. 88
Postkassentonto Leipzig 11 450.

Zurück
Dr. med. Danziger
Facharzt für Haut- und Harnleiden
Windmühlenstraße 49
Sprechzeit: 10-1 und 4-6 Uhr
Röntgen-Institut

Dr. med. Fr. Kakrow
zurück.

Wilh. Müller, Dentist
von der Reise zurück
Lützenscha, Börse
Sprechstunden: Montags und Donnerstags 11 bis 6 Uhr (Krankenkassen).

Haben Sie Stoff?
oder haben Sie keinen Stoff?
dann fertige ich Ihnen einen modernen **Anzug u. Mantel** aus Ihrem **29 Mk.** mit Zutatstoff für nur **29 Mk.** u. Arbeitslohn. Von meinen Stoffen, gute Qualitäten, in der Preislage von **Mk. 36.50** an mit Zutatstoff und Arbeitslohn. Eigene Werkstätten.
Paul Noack, Leipzig C 1.
Elsterstraße 55, part.

Kartoffeln
abst am Schwalbennest laufend ab, auch Sonntags
Kittergut Schönau

WANZEN?



Vergasung
ohne Apparat, für Laien

Kinderleichte Anwendung!
Radikale Wirkung!
Wissenschaftlich begutachtet!

In den Drogerien erhältlich
bestimmt dort, wo im Schaufenster
obiges Bild verurteilt auf Plakat
oder Packung zu sehen ist.

NEU

Mit unglaublicher Schnelligkeit

hat sich die bekannte Blauband-Margarine die Gunst der deutschen Hausfrau erworben. Indes ist vielfach unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse der Wunsch nach einer zwar ebenfalls guten, aber im Preis etwas niedrigeren Margarine laut geworden. Die Blaubandwerke bringen deshalb jetzt neben „Blauband“ ein neues Spezialerzeugnis „Alma, die Margarine für Alle“ in den Handel, das diesen Wunsch erfüllt und den Hausfrauen eine hochfeine Qualität bei wohlfeilem Preise bietet. Da hierbei alle Sorgfalt auf die Beschaffenheit der Ware gelegt ist, kann von der Gewährung von Zugaben oder Gutscheinen keine Rede sein.

Sie kaufen für billiges Geld eine vorzügliche Qualität, verzichten Sie deshalb auf sogenannte „Geschenke“!

Preis nur
85 Pfennig das Pfund

ALMA DIE MARGARINE FÜR ALLE

